

## I. Kapitel Präsidium

Regierungsreferent für Regierungsdienste, Europaangelegenheiten

und Außenbeziehungen sowie Personal: Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber

Regierungsreferentin für Entwicklungszusammenarbeit und Informatik: Landesrätin Dr. Greti Schmid

Regierungsreferent für Gesetzgebung: Landesrat Mag. Siegmund Stermer

### 1. Auswärtige Beziehungen:

#### 1.1 Schweiz:

- Beziehungen zum Kanton St. Gallen:

Die Vorarlberger Landesregierung hat die Regierung des Kantons St. Gallen am 23.3.2010 zum alljährlichen Regierungstreffen nach Bregenz, in das Kloster Mehrerau, eingeladen. Auf der Tagesordnung standen folgende Themen: Erfahrungen des Kantons St. Gallen mit Bestimmungen des Volksschulgesetzes zum Thema der Elternverantwortung und Durchsetzung von schulischen Vorgaben, Verkehrsplanung Feldkirch Süd, Stand der Arbeiten zu Lärmschutzmaßnahmen für Höchst und Gaißau an den Nationalstraßen A1 und A13, Agglomerationsprogramm Rheintal, grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung und Bericht über den Stand des konsensorientierten Planungsverfahrens im Rheintal.

Am 9.9.2010 fand ein informelles Umwelttreffen Vorarlberg – St. Gallen statt. Es diente der Aufrechterhaltung der grenzüberschreitenden Beziehungen der Umweltbehörden, zumal das letzte offizielle Umweltgespräch im Jahr 2006 stattgefunden hatte.

- Beziehungen zum Kanton Graubünden:

Die Regierung des Kantons Graubünden hat die Vorarlberger Landesregierung am 2.11.2010 zu einem Regierungstreffen nach Flims eingeladen. Die Schwerpunkte des Treffens lagen auf den Themen Schule (Projekt „Schule im alpinen Raum“ als Beispiel der gelungenen Zusammenarbeit zwischen Graubünden und Vorarlberg, das die Bedeutung von kleinen Schulen in kleinen Dörfern des alpinen Raumes untersucht), Übergang vom Kindergarten zur Schule und Kooperation der Fachhochschulen bzw. des Landeskonservatoriums mit dem Musikgymnasium Schiers.

- Beziehungen zu weiteren Schweizer Kantonen:

Die guten Kontakte zu den Kantonen Appenzell-Ausserrhoden, Appenzell-Innerrhoden, Schaffhausen, Thurgau und Zürich konnten u. a. im Rahmen der Zusammenarbeit in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und im INTERREG IV A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein, zu Tessin im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (Arge Alp) vertieft werden.

- Nuklearfragen:

Am 11.6.2010 fand das zehnte Nuklearexpertentreffen Österreich-Schweiz statt. Informiert wurde über das Kernkraftwerk Mühlberg, das eine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten hat. Dagegen ist eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgerichtshof anhängig. Weiters liegen in der Schweiz Anträge für die Bewilligung von drei neuen Kernkraftwerken vor. Alle umliegenden Staaten werden darüber gemäß Espoo-Konvention informiert. Die öffentliche Auflage der Antragsunterlagen wird Mitte 2011 stattfinden. Das Auswahlverfahren zur Festlegung der Standorte eines Endlagers für radioaktive Abfälle in der Schweiz wurde auch 2010 weitergeführt. Es wurden sechs potenzielle Standortgebiete vorgeschlagen. Dazu haben die Schweizer Behörden Berichte, Gutachten und Stellungnahmen erstellt, die im Herbst 2010 öffentlich aufgelegt worden sind. Das Land Vorarlberg hat dazu Stellung genommen. Das technische Forum Sicherheit, welches das Endlagerverfahren begleitet, wurde von Vorarlberg regelmäßig besucht.

## Präsidium

### 1.2 Bundesrepublik Deutschland:

- Beziehungen zum Land Baden-Württemberg:  
Die Beziehungen zum Land Baden-Württemberg sind auf Grund der gemeinsamen Abwicklung des INTERREG IV A-Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein intensiv. Weiters bestehen mit Baden-Württemberg gute Kontakte im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK).
- Beziehungen zum Freistaat Bayern:  
Die guten Kontakte zu Bayern konnten im Rahmen der IBK, der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) und der gemeinsamen INTERREG-Programme vertieft werden.

### 1.3 Fürstentum Liechtenstein:

- Das jährlich stattfindende Treffen der Vorarlberger Landesregierung mit der Regierung des Fürstentum Liechtensteins musste wegen terminlicher Probleme auf 2011 verschoben werden.
- Die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein waren 2010 u. a., neben der gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und des INTERREG IV A-Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein, durch das liechtensteinische Verfahren zum Pumpspeicherkraftwerk Samina (Grenzfluss zwischen Vorarlberg und Liechtenstein) und der Frage der Einbeziehung Österreichs bzw. Vorarlbergs in dieses Verfahren geprägt. Dazu fanden mehrere Besprechungen statt, in der die Fragen der Rest- bzw. Dotierwassermenge in der Samina diskutiert wurden.

### 1.4 Bodensee:

- Internationale Bodenseekonferenz (IBK):  
Im Jahr 2010 hatte das Land Vorarlberg den Vorsitz in der Bodenseekonferenz inne. Auf Regierungsebene fanden drei Treffen statt: Am 16.4.2010 trafen sich die Regierungschefs zum Kamingespräch in Lochau, am 2.7.2010 zum Strategiegelgespräch auf der Hohentwiel und am 2.12.2010 zur Regierungschefkonferenz in Mellau. Themen des Kamin- und Strategiegelgesprächs waren: EU-Regionalpolitik nach 2013, Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs des Bodenseeleitbilds, Fortsetzung der Bodensee Agenda 21 bzw. Integration der nachhaltigen Entwicklung in der IBK-Arbeit, Optimierung des Fördercontrollings der Internationalen Bodenseehochschule (IBH), Bootsliegendeplätze bzw. Emissionsgrenzwerte, Bahnverbindung nach Ulm, München, Stuttgart und der Bodensee-Jugendgipfel.  
Die 31. Regierungschefkonferenz der IBK fand in Mellau unter dem Vorsitz von Landesstatthalter Mag. Markus Wallner in Vertretung von Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber statt. Dabei wurde das Vorarlberger Vorsitzjahr positiv bilanziert, dessen Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Jugend und Nachhaltigkeit lagen. Zum Thema Nachhaltigkeit hat u. a. der 6. österreichische Lokale Agenda 21-Gipfel zusammen mit dem Bodensee Agenda 21-Gipfel Ende September 2010 in Dornbirn stattgefunden. Das Ziel, die Bodenseeregion als Modellregion für nachhaltige Entwicklung sichtbar zu machen, wird konsequent weiter verfolgt. Dazu werden u. a. die Fachstellen für Nachhaltige Entwicklung aller Bodenseeländer in einer Projektgruppe zusammengeführt. Die IBH feierte 2010 ihr zehnjähriges Jubiläum, die Regierungschefs sprachen in diesem Zusammenhang den Vertretern der IBH ihre Anerkennung aus. Für die Fortführung nach 2013 wurde der Auftrag erteilt, einen Evaluationsbericht vorzulegen. Durch die Vereinbarung mit der IBH zielt die IBK auf die Weiterentwicklung des Bildungs- und Wirtschaftsraums Bodensee hin, die Mobilität von Jugendlichen und den Technologie- und Wissenstransfer zu erhöhen. Erfolgreich verlaufen ist auch die 60. Nobelpreisträgertagung. Unter Vorarlberger Vorsitz wurde ein Jugendfilmwettbewerb MOVEaround zum Thema „Miteinander der Generationen“ durchgeführt.

Im Gesundheits- und Sozialbereich wurde im Berichtsjahr ein Symposium für Gesundheitsförderung und Prävention in Bregenz abgehalten. Das große Interesse am Symposium nahmen die Regierungschefs anerkennend zur Kenntnis.

Im Wirtschaftsbereich hat die IBK 2010 das Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee“ begleitet, das die Entwicklung eines gemeinsamen Markendachs beabsichtigt. Auch wurden der grenzüberschreitende Lehrlingsaustausch xchange weitergeführt, eine Konferenz zu Zukunftsfragen der Wirtschaft im Bodenseeraum in Bregenz abgehalten und die Probleme der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung in der Schweiz behandelt.

Im Verkehrsbereich ist die Tageskarte Euregio Bodensee weiterhin ein „Leuchtturmprojekt“ der IBK und wird von der Verkehrskommission begleitet. Das Verkehrskonzept „Bodan Rail“ wurde aktualisiert und das Projekt einer grenzüberschreitenden elektronischen Fahrplanauskunft begonnen.

Ein Schwerpunkt der IBK-Arbeiten 2010 im Umweltbereich war das Thema der Boots Liegeplätze. Hierzu hat die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) auf Ersuchen der IBK sechs Empfehlungen erarbeitet, wie Belastungen verringert werden können ohne ausschließlich die Anzahl der Liegeplätze zu begrenzen. Die IBK-Regierungschefs nahmen diese Empfehlungen zustimmend zur Kenntnis. Zur lufthygienischen Entwicklung im Bodenseeraum während der letzten 20 Jahre wurde ein Bericht erarbeitet. Dieser zeigt klar, dass die Verbesserungen der lufthygienischen Entwicklung Ergebnisse von Maßnahmen rund um den Bodensee sind. Die Kommission Umwelt wurde beauftragt, den Bericht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Neben den drei IBK-Sitzungen auf Regierungschefebene fanden drei Sitzungen des Ständigen Ausschusses unter Vorsitz von Landesamtsdirektor Dr. Johannes Müller am 18.3.2010 in Hohenems und am 10.6.2010 in Schruns und unter Vorsitz von Landesamtsdirektor Dr. Günther Eberle am 28.10.2010 in Feldkirch statt. Am Vorabend des Ständigen Ausschusses vom 28.10.2010 fand die Verleihung der 2010 von Vorarlberg organisierten IBK-Kulturförderpreise statt. Thema der Förderpreise war die Sparte „Zeichnung“.

Nachdem 2010 auf EU-Ebene die Zukunft der EU-Regionalpolitik ab 2014 diskutiert wurde, verabschiedete die IBK eine Stellungnahme an Kommissar Johannes Hahn zu den Schlussfolgerungen des 5. Kohäsionsberichtes. Darin fordert die IBK, dass auch wirtschaftsstärkere Regionen weiterhin angemessen mit Fördermitteln aus den Strukturfonds dotiert werden sollen. Die Förderung der Grenzregionen soll laut IBK auch in Zukunft einen Schwerpunkt der EU-Regionalpolitik bilden.

Mit Ende des Vorarlberger Vorsitzes wurde das „Steuerrad“ in der IBK an den Kanton St. Gallen übergeben.

– Gewässerschutz:

Die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) hat ihre 56. Tagung am 11. und 12.5.2010 unter dem Vorsitz von Baden-Württemberg in Bezaun abgehalten. Einen wichtigen Punkt der Traktandenlisten bilden alljährlich die Berichte der Delegationen zum aktuellen Stand der Gewässerschutzmaßnahmen im Einzugsgebiet des Bodensees. Diese zeigen, dass auch im Berichtsjahr die Bemühungen im Bereich der Abwasserreinigungen in den Anliegerstaaten erfolgreich weitergeführt, eine weitere Erhöhung des Anschlussgrades verfolgt und nach Möglichkeit realisiert wurde, um vorgegebene Zielsetzungen auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung zu erreichen und zu erhalten. Untersuchungen über die limnologische Entwicklung des Bodensees (Freiwasser) zeigen, dass im Jahr 2009 die Konzentration des Gesamtphosphors im Jahresmittel  $6,4 \text{ mg/m}^3$  betrug (gegenüber  $7,6 \text{ mg/m}^3$  2006 bis 2008). Der anorganische Stickstoff (Nitrat-, Nitrit- und Ammoniumstickstoff) mit Nitrat als Hauptkomponente fiel 2009 im Jahresmittel leicht auf  $0,95 \text{ g/m}^3$  (2008:  $0,9 \text{ g/m}^3$ ). Die Sauerstoffkonzentration im tiefen Hypolimnion des Obersees erholte sich im März und April 2009 und lag über den Werten von 2007 und 2008. Im Jahresverlauf des Jahres erfolgt eine kontinuierliche Abnahme und das herbstliche Minimum gleicht mit  $6,6 \text{ g/m}^3$  dem Vorjahreswert. Im Obersee war im Jahr 2009 die Biomasse des Phytoplanktons mit  $12,7 \text{ g/m}^2$  deutlich höher als im Vorjahr mit  $9,4 \text{ g/m}^2$  und liegt immer noch im Bereich der langjährigen Schwankungen seit dem Jahr 1991. In diesem Zeitraum erfolgte ein starker Umbau der Zusammensetzung des Phytoplanktons. Die früher regelmäßig hohen Frühjahrsblüten sind schon einige Jahre deutlich niedriger geworden, was ein deutliches Zeichen für eine weitergehende Oligo-

## Präsidium

trophierung des Sees ist. Zusätzlich traten 2009 die Chrysophyceen fast das ganze Jahr über stärker in den Vordergrund und repräsentierten Ende September und Anfang Oktober mehr als die Hälfte der Gesamtbiomasse. Die centrischen Kieselalgen traten während der Frühjahrsblüte stark zurück. Die höchste Biomasse trat Anfang November mit 59,9 g/m<sup>2</sup> auf.

Im Fachbereich See wurde u. a. berichtet, dass die Konzentration von Chlorid im Bodensee in den letzten 40 Jahren stetig zugenommen hat und heute zweieinhalb Mal höher als in den 60er-Jahren liegt. Chlorid ist weder toxisch noch sind die Konzentrationen hoch genug, um die Zusammensetzung und das Wechselspiel der Organismen im See merklich zu verändern. Für die Chloridzunahme ist zu rund 45 Prozent das Straßensalz verantwortlich ist. Die restliche Zunahme ist durch Haushalte und Landwirtschaft verursacht. Aus Sicht des Gewässerschutzes sind derzeit aber keine Maßnahmen zur Chloridreduktion im Bodensee notwendig.

Im Fachbereich Schadensabwehr wurde über die Analyse des internationalen Ölwehreinsatzes am bayrischen Bodenseeufer zwischen Wasserburg und Lindau am 28.3.2009 berichtet. Die Analyse hat ergeben, dass verstärkt darauf zu achten ist, dass entsprechend den Einsatzunterlagen Sachverständige den Einsätzen vor Ort beigezogen werden sollen. Weiters ist eine interne Information der landesweiten bzw. kantonalen Dienststellen bzw. Behörden sowie der politisch Verantwortlichen über Schadensereignisse zu verbessern. Im Weiteren wurde über die auf Initiative Bayerns im Institut für Seenforschung in Langenargen am 16.12.2009 durchgeführte Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Digitale Einsatzkarte Bodensee“ berichtet. Diese stellt für die internationale Schadensabwehr ein wichtiges Einsatzmittel dar, das ergänzend zur analogen Einsatzkarte eingeführt worden ist. In Vorarlberg wurde im Berichtszeitraum die Ausrüstung mit Schwimmsperren erheblich verbessert. Die am österreichischen Bodenseeufer gelegenen Schadenswehren verfügen über schwimmende Ölsperren von insgesamt 750 m Länge, was gut einem Zehntel der am gesamten Bodensee den Einsatzkräften zur Verfügung stehenden Sperren entspricht.

### – Bodenseefischerei:

Die Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei (IBKF) fand unter dem Vorsitz der Schweiz am 23.6.2010 in Rorschacherberg statt. Die Fangergebnisse der insgesamt 151 Berufsfischer im Jahr 2009 sind im Vergleich zum Vorjahr mit rund 730 Tonnen gleich geblieben. Der Felchenertrag ist weiter angestiegen und beträgt bereits rund 80 Prozent des Gesamtfanges. Die Seeforelle hat durch die Bemühungen der IBKF mittlerweile wieder ein gesichertes Bestandsniveau erreicht. Beim Seesaibling ist ein starker Anstieg des Bestandes zu verzeichnen. Ein starker Rückgang ergab sich bei den Flussbarsch-Ausfängen.

Die Ergebnisse einer Pilotstudie zur betriebswirtschaftlichen Analyse der Bodenseefischerei wurden präsentiert und diskutiert. Es zeigt sich, dass sich viele Fischereibetriebe ökonomisch in einer Grenzertragslage befinden. Ein Sachverständigenausschuss wurde daher beauftragt, eine Altersstrukturhebung bei den Berufsfischern durchzuführen und auf dieser Grundlage in Kombination mit möglichen Neuregelungen der zulässigen Befischungsintensitäten ein Konzept für die langfristige Erhaltung lebensfähiger Betriebe zu erarbeiten. Im Hinblick auf den zeitlichen Engpass, der bei selbst verarbeitenden und direkt vermarktenden Fischereibetrieben im Herbst teilweise gegeben ist, wurde eine Verlängerung der Setz- bzw. Entnahmezeiten für Boden- und Schwebnetze am Morgen um bis zu rund 20 Minuten beschlossen.

Die getroffene Einigung zwischen den Interessensverbänden hinsichtlich der Größe der verwendeten Bojen zur Markierung der Netze zur Vermeidung von Konflikten zwischen Berufs- und Angelfischerei wurde von Seiten der Bevollmächtigten begrüßt und zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarungen durch die Bevollmächtigten wurde das von der IBKF initiierte INTERREG IV-Projekt „Seeforelle: Arterhaltung in den Bodensee-Zuflüssen“ im Jahr 2010 gestartet. Nunmehr werden das Wanderverhalten und die natürliche Vermehrung der Seeforelle in den Bodenseezuflüssen Rotach, Argen, Leiblach, Bregenzerach, und Goldach bis 2013 intensiv untersucht.

In Bezug auf die Entwicklung der Kormoranpopulation nahmen die Bevollmächtigten die positiven Erfahrungen durch die Maßnahmen, die von Seiten Vorarlbergs in der Fußacher Bucht umgesetzt wurden, mit Interesse zur

Kenntnis. Sie appellierten jedoch erneut an die Anliegerstaaten, ein koordiniertes Vorgehen in die Wege zu leiten, das zu einer Regulierung des Kormoranbestandes zugunsten der Fischökologie und Fischerei am gesamten Bodensee führen soll.

Die Fangergebnisse der österreichischen Berufs- und Angelfischer im Bodensee-Obersee sind im VI. Kapitel Land- und Forstwirtschaft unter Punkt 15. Fischereiwesen zusammengestellt.

– Schiffahrt:

Die Internationale Schiffahrtskommission für den Bodensee (ISKB) hat im Berichtsjahr zwei Sitzungen abgehalten. Dabei wurde beschlossen, die Bodensee-Schiffahrts-Ordnung anlässlich ihrer nächsten Novellierung dahingehend zu ändern, dass die Verpflichtung zur Begrenzung des Partikelaustrittes von Dieselmotoren ab einer Leistung von 37 kW für Fahrzeuge mit Maschinenantrieb mit Ausnahme von Vergnügungsfahrzeugen und Fahrgastsschiffen, die für die Beförderung von bis zu zwölf Personen zugelassen sind, gilt. Damit sind die inhaltlichen Kriterien für die künftige Neuregelung weitestgehend entwickelt. Die legistische Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die Details der neuen Bestimmungen auszuarbeiten. Festzustellen ist, dass derzeit keine Neubauten derartiger Schiffe anstehen und die derzeit im Stadium des Zulassungsverfahrens befindlichen Schiffe mit Partikelfiltern ausgestattet sind.

Weiters wurde beschlossen, eine Funkverbindung, die jederzeit eine Kommunikation Schiff-Schiff und Schiff-Rettungs-/Polizeidienst ermöglicht, in der Bodensee-Schiffahrts-Ordnung vorzusehen. Zum weiteren Vorgehen wurde festgelegt, dass zunächst die technischen Voraussetzungen für die Einführung einheitlicher Standards durch die jeweiligen Fernmeldebehörden gemeinsam zu bestimmen sind.

Außerdem wurden die Auswirkungen einer möglichen Errichtung einer Schwemmholtzsperrung vor der Mündung des Neuen Rheins auf die Schiffahrt, Fragen im Zusammenhang mit der Umrüstung von Schiffsmotoren auf Flüssiggasbetrieb, eine Neuregelung der Bestimmungen über Gefahrgut, die Erlassung zusätzlicher Regelungen betreffend ein Ankerverbot und ein Vergleich der in den einzelnen Staaten geltenden Regelungen über die Zulassung von Fahrgastsschiffen erörtert. Die Übergangsfrist bezüglich der in der kommenden Novelle der Bodensee-Schiffahrts-Ordnung neu zu regelnden Ausstattung mit Rettungsmitteln wurde mit drei Jahren bestimmt.

## 1.5 Alpenrhein:

– Internationale Rheinregulierung (IRR):

Die Internationale Rheinregulierung hat in Entsprechung der Vorgaben in den Staatsverträgen von 1892, 1924 und 1954 in ihrem 116. Baujahr (2009/2010) in der oberen Strecke (km 65,00 bis km 74,00) und in der Zwischenstrecke (km 80,00 bis km 85,00) mit den Vorbereitungsarbeiten (Entfernen von Sträuchern und Wurzelstöcken an den Mittelgerinnewehren) für die anstehenden Lettenräumungen im Winter begonnen. An den Mittelgerinnewehren wurden in mehreren Abschnitten Lettenabträge vorgenommen. Insgesamt mussten ca. 134.000 m<sup>3</sup> geräumt und davon ca. 27.500 m<sup>3</sup> wegen der organischen Bestandteile auf die Deponie im Bereich der Vorstreckung transportiert und dort abgelagert werden. Zur Sicherstellung des Abflusses im Übergang vom Flussprofil auf das Vorstreckungsgerinne mussten beidseitig zwischen km 90,00 und km 91,00 rund 128.000 m<sup>3</sup> Lettenmaterial abgetragen werden. Davon mussten rund 7.000 m<sup>3</sup> in Folge der Durchsetzung mit Wurzelwerk im Vorstreckungsbereich deponiert werden. Ein Lettenabtrag erfolgte punktuell insbesondere oberhalb der ÖBB-Brücke. Entlang von mehreren Abschnitten wurde im Winter 2009/2010 der Feinsand entfernt. Ab Mitte Februar 2010 wurden die Sanierungsarbeiten oberhalb der Eisenbahnbrücke St. Margrethen mittels Rüttelstopfsäulen in Angriff genommen. Auch im Bereich des Fußacher Durchstichs (km 85,00 bis km 90,00) wurde linksseitig von der Staatsgrenze die Dammstabilität durch die Errichtung von Rüttelstopfsäulen verbessert. Vorlandräumungen erfolgten vom km 89,70 bis km 90,00. Die Pflege der Vegetation, insbesondere Durchforstungen, wurde weiter durchgeführt. Es erfolgte auch ein weiterer Ausbau der Vorstreckung.

## Präsidium

Erhebungen im Bezug auf die Abflussverhältnisse des Rheins bei der Messstation Diepoldsau im Kalenderjahr 2009 erbrachten einen mittleren Abfluss des Rheins von 222 m<sup>3</sup>/s. Dieser lag somit um rund 4 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten 25 Jahre, welcher rund 231 m<sup>3</sup>/s beträgt. Die Jahresabflussmenge 2009 betrug rund 7,00 Mrd. m<sup>3</sup>, der kleinste Abfluss wurde am 18.1.2009 mit 76,20 m<sup>3</sup>/s, der größte Abfluss am 18.7.2009 mit 1.195 m<sup>3</sup>/s ermittelt. Die größte seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1919 festgestellte Jahresabflussspitze wurde beim Hochwasser 1927 mit rund 3.100 m<sup>3</sup>/s und das seit 1919 ermittelte Minimum im Jänner 1947 mit 40 m<sup>3</sup>/s verzeichnet.

Im Rahmen der Endgestaltung des Alten Rheins wurden am rechtsseitigen Leitdamm kleine Ausbesserungsmaßnahmen vorgenommen sowie eine verbesserte Zufahrt zum Leitdamm errichtet. Die Maßnahmen im Mündungsbereich sollen im Frühjahr 2013 an die Gemeinden Gaißau und Thal übergeben werden. Die Beweidung der Leitdämme und der Flachuferbereiche wird für die kommenden drei Jahre mit den schottischen Hochlandrindern fortgeführt. Im März 2010 wurde im Bereich der Einfahrt zum Hafen am Rheinspitz das Wahrzeichen „Rhima“ aufgestellt.

Der Auftrag bei der Versuchsanstalt für Wasserbau, Hydrologie und Glaziologie der ETH Zürich (VAW) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Hochwasserschutz innerhalb der Dämme“ wurde erweitert. Es sollen zusätzlich auch die Auswirkungen der im Entwicklungskonzept Alpenrhein enthaltenen Aufweitungen zwischen dem Zusammenfluss von Vorder- und Hinterrhein bis in den Bodensee auf die Kapazitätserhöhung der Internationalen Strecke untersucht werden. Die für die Erhöhung des Hochwasserschutzes in der Internationalen Strecke erforderlichen weiteren Geschiebe- und Schwebstoffuntersuchungen auf der Internationalen Strecke wurden in Auftrag gegeben. Die im Bezug auf die Realisierung der Abflusskapazitätserhöhung erforderliche Ausschreibung des generellen Projektes mit Umweltverträglichkeitsprüfung ist im Gange. Die erste Stufe des Ausschreibungsverfahrens ist abgeschlossen, der Zeitplan für die zweite Stufe der Ausschreibung ist erstellt.

### – Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA):

Zum Bericht über die IRKA wird auf das VIII. Kapitel Bauwesen und Raumplanung Punkt 4.10 Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien des Rechenschaftsberichts verwiesen.

## 1.6 Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (Arge Alp):

Die 41. Konferenz der Regierungschefs der Arge Alp fand am 18.6.2010 unter dem Vorsitz der autonomen Provinz Südtirol in Eppan statt.

Die Schwerpunkte der Konferenz bildeten die Themen der kulturellen Entwicklung des Alpenraums und „Gigaliner in Alpenraum“, zu denen jeweils Resolutionen verabschiedet wurden.

Zudem wurde über abgeschlossene oder laufende Projekte berichtet, u. a. über die Projekte Klimakonferenz, Brain Drain, Arge Alp Sport, xchange, Großraubtiere in den Alpen, Alp House, Sprachlernaustausch für Schüler der sekundären Oberstufe, Jugendprojekt „Respekt, Vertrauen und Zuversicht.“

Darüber hinaus wurde die Durchführung der neuen Projekte Alm-Atlas, Pistensicherheit, Zivilschutz im Vergleich, Konferenz mit der Benennung Green Corridor entlang der TEN-Achsen im Arge Alp-Raum, Nutzung der natürlichen Ressourcen im Alpenraum NURA, Wild Alps, Europäische Talent Akademie Lindau 2010-2014, Arge Alp Symposium 2010 – Miteinander Zukunft und Forum Alpine Wasserwirtschaft in Europa genehmigt.

Der Vorsitz wurde zum Ende der Konferenz von der autonomen Provinz Südtirol an das Land Salzburg übergeben.

Zudem fanden drei Sitzungen des Leitungsausschusses der Arge Alp statt. Am 22.1.2010 am Würzjoch/Gadertal, am 23.4.2010 in Schloss Tirol bei Meran und am 30.9.2010 in Wals bei Salzburg wurde vor allem über den Stand der aktuell durchgeführten Projekte berichtet und neue Projektvorschläge im Hinblick auf die im Jahr 2011 stattfindende Regierungskonferenz besprochen.

## 1.7 Europäische Integration:

Für Vorarlberg relevante Entwicklungen auf Ebene der Europäischen Union:

- Mitwirkung des Landes in Angelegenheiten der europäischen Integration im prälegislativen bzw. legislativen Verfahren:

Im Jahr 2010 hat Vorarlberg den Schwerpunkt auf die u. a. europäischen Initiativen gelegt, auf die in verschiedenen Verfahrensstadien bzw. auf verschiedenen Ebenen Einfluss genommen wurde. Teilweise wurden Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfungen durchgeführt bzw. einheitliche oder gemeinsame Stellungnahmen von den Ländern abgegeben:

- Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung
- Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative
- Verordnung betreffend Bauprodukte
- Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes außerhalb der Beschäftigung
- Richtlinie über die Änderung der Wegekostenrichtlinie 1999/62/EG
- Richtlinie über ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Drittstaatsangehörige zum Aufenthalt- und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates und über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten
- Richtlinie über die Einreise und den Aufenthalt von Saisonarbeitnehmern
- Richtlinie über die Einreise und den Aufenthalt von konzernintern versetzten Arbeitnehmern
- Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2003/9/EG über Mindestnormen für die Aufnahme von Asylwerbern
- Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2004/83/EG über die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus und die Annäherung der Formen des subsidiären Schutzes
- Verordnung zur Änderung der Verordnung 342/2003/EG zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für Asylprüfung zuständig ist
- Mitteilung, Empfehlung und Verordnung zur Koexistenz von GVOs und herkömmlicher Kulturen (Subsidiaritätsstellungnahme der Länder)
- Richtlinie über das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren
- Richtlinie über Belehrung in Strafverfahren
- Mitteilung über einen neuen EU-Tourismusrahmen

Zu folgenden Themen nahm Vorarlberg an Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission teil: Europäische Bürgerinitiative, Überprüfung der Empfehlung für Umweltspektionen, Zukunft Regionalpolitik – Kohäsionsbericht, Waldschutz und Waldinformation, EU-Gesundheitsstrategie, Kinderrechtstrategie, Überarbeitung Tabakrichtlinie, künftige Politik für die Transeuropäischen Netze (TEN), Überarbeitung der UVP-Richtlinie.

Im Gesamten haben die Länder 2010 16 gemeinsame Länderstellungnahmen verabschiedet.

- Betroffenheit von Landesrecht durch neu erlassenes Gemeinschaftsrecht und Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof:

Im Jahr 2010 wurden fünf neue Richtlinien erlassen, die (zumindest in Teilen) eine Umsetzung auf Landesebene erfordern.

Die Europäische Kommission hat im Berichtsjahr 23 Vertragsverletzungsverfahren, die Gesetzgebung bzw. Vollziehung der österreichischen Länder betreffen, gegen die Republik Österreich wegen Verstoßes gegen das EU-Recht eingeleitet bzw. fortgeführt. Davon betrafen fünf Verfahren auch Vorarlberg, drei davon die Umsetzung von Richtlinien. Im Zusammenhang mit Vertragsverletzungsverfahren wurden von Vorarlberg elf Stellungnahmen abgegeben.

Weiters gelangte im Jahr 2010 ein Vorabentscheidungsersuchen betreffend eine Bestimmung des Vorarlberger Grundverkehrsgesetz (Erwerb von Grundstücken zu Ferienzwecken durch Staatsangehörige des Fürstentums Liechtenstein) vor den Europäischen Gerichtshof.

### – EU-Regionalpolitik:

- Ziel 2 neu- und Ziel 2 Phasing out-Programm 2000-2006 Vorarlberg:

Im Berichtsjahr wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, die EFRE-Schlusszahlung für das Programm überwiesen. Im Vorarlberger Ziel 2 und Ziel 2 Phasing out-Programm konnten insgesamt 471 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von Euro 221.759.508,98 umgesetzt werden. Die eingesetzten EFRE-Mittel von Euro 23.710.086,60 haben nationale Fördermittel in Höhe von Euro 32.180.173,23 ausgelöst.

- INTERREG III A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein 2000-2006:

Im Berichtsjahr wurde der Schlussbericht des Programms erstellt. Ebenso wurde der Schlusszahlungsantrag an die Kommission gestellt. Eine Genehmigung seitens der Kommission ist bisher noch nicht erfolgt. Der finanzielle Umsetzungsstand (getätigte Auszahlungen) betrug, bezogen auf die budgetierten EFRE-Mittel von Euro 17.874.592,— auf Ebene des Gesamtprogramms 98 Prozent, das sind Euro 17.462.560,02. Mit diesem Betrag, ergänzt um nationale Fördermittel in Höhe von Euro 20.728.497,55 (= EFRE-förderfähige Gesamtkosten in Höhe von Euro 38.191.057,57), konnten während der gesamten Programmlaufzeit 138 Projekte umgesetzt werden. 857 Projektträger konnten miteinander vernetzt werden.

- Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg 2007-2013“:

Bis Ende des Jahres 2010 wurden insgesamt 80 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 121,6 Mio. Euro genehmigt, wovon 10,2 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln und weitere 10,2 Mio. Euro aus nationalen öffentlichen Mitteln kofinanziert werden konnten. Von den dem Land Vorarlberg zur Verfügung stehenden EFRE-Mitteln wurden bislang knapp 60 Prozent gebunden. Mehr als die Hälfte der Mittel wurde eingesetzt für betriebliche Innovations- sowie F&E-Projekte (insgesamt 37 Projekte; davon Tourismusförderung: elf, Umweltförderung: neun, Forschungsförderung: sieben, Großprojektförderung: vier, Projekte zur Förderung von Netzwerken und Wissenstransfer: vier, Projekte zur Förderung von Einrichtungen für Technologie, Forschung und Entwicklung: zwei). Weitere Mittel flossen in Projekte zur Verbesserung der Standortqualität (insgesamt 19), Projekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit (vier) sowie Projekte zum Schutz der natürlichen Ressourcen und Schutz vor Naturgefahren (vier).

Die vierte Sitzung des Begleitausschusses fand am 9.6.2010 in Krems statt. Am Vortag wurde im Rahmen des strategischen Begleitprozesses (STRAT.ATplus) „Die neue Europäische Leitstrategie und ihre regionale Dimension“ diskutiert. Das jährliche Treffen der Europäischen Kommission mit den Verwaltungsbehörden der EFRE-Programme wurde am 16.11.2010 in Bregenz abgehalten. Das letzte STRAT.ATplus-Forum im Berichtsjahr zum Thema „Energieautonome Regionen – Nutzen für die Regionalentwicklung?!“ fand am 15.11.2010 ebenfalls in Bregenz statt. Weiters wurde im Berichtsjahr an insgesamt drei Sitzungen der Arbeitsgruppe Verwaltungsbehörden sowie zwei Sitzungen des ÖROK-Unterausschusses Regionalwirtschaft in Wien teilgenommen. Das so genannte Sommer-Treffen der Verwaltungsbehörden wurde am 5. und 6.7.2010 in Kärnten abgehalten. Der Nachhaltigkeitscheck bzw. das Wirkungsmonitoring im Programm wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Von März bis September 2010 wurden anhand eines von der Fachhochschule Vorarlberg entwickelten Softwaretools sieben Projektdialoge und zwei Workshops der Begleitgruppe durchgeführt.

Seitens der Prüfbehörde, dem Bundeskanzleramt, Abteilung IV/3, wurde eine Systemprüfung und eine Kohärenzprüfung anhand einer Stichprobe von Projekten am 21. und 22.7.2010 durchgeführt. Gleichzeitig fanden Vor-Ort-Kontrollen in Hittisau und Dornbirn statt. In den Monaten April bis Juni 2010 überprüfte der Landesrechnungshof Vorarlberg u. a. das gegenständliche Programm. Der Prüfbericht wurde im September 2010 ver-

öffentlich. Er enthielt bezogen auf das Programm Empfehlungen, die größtenteils bereits im Berichtsjahr umgesetzt wurden.

Im Frühjahr und Herbst 2010 wurde eine Informationskampagne mit Inseratschaltungen in regionalen Printmedien durchgeführt, wobei der Fokus wiederum auf so genannte „Best-Practice-Beispiele“ gelegt wurde. Erstmals wurde im Jahr 2010 die Möglichkeit genutzt, die EU-Programme „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg 2007-2013“ sowie „INTERREG IV 2007-2013“ gemeinsam mit Europe Direct der Stadt Dornbirn bei der Dornbirner Herbstmesse vom 8.9. bis 12.9.2010 einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Weiters wurde erstmals in diesem Programm ein Informationsfolder mit Best-Practice-Beispielen erstellt, der bei verschiedenen Anlässen, z. B. auf der Dornbirner Herbstmesse oder beim jährlichen Treffen der Europäischen Kommission mit den Verwaltungsbehörden, aufgelegt wurde.

Ein Erfahrungsaustausch mit der Prüfbehörde (Bundeskanzleramt, Abteilung IV/3) mit einer Präsentation der ersten Ergebnisse der System- und Stichprobenprüfungen der Jahre 2009/2010 wurde am 1.12.2010 in Wien durchgeführt.

- INTERREG IV A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein:

Am 26.9.2007 wurde von der Europäischen Kommission das INTERREG IV A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein genehmigt, das für die Förderperiode 2007 bis 2013 zur Anwendung kommt. Im neuen Programm wurde die Förderkulisse auf der bayrischen Seite auf den Landkreis Unterallgäu und die kreisfreie Stadt Memmingen ausgedehnt. Auch wurden die EU-Mittel des Programms von 17,8 Mio. Euro auf rund 24 Mio. Euro aufgestockt. Im Jahr 2010 fanden am 15.10.2010 eine Sitzung des Begleitausschusses und drei Sitzungen des Lenkungsausschusses statt. Bis 31.12.2010 wurden insgesamt 73 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 47,8 Mio. Euro genehmigt, wovon 20,4 Mio. Euro EU-kofinanziert werden. Im Rahmen dieser Projekte werden bereits 492 Projektpartner miteinander vernetzt.

Alle Projekte des INTERREG IV A-Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein wurden durch die Projektträger und durch die das Programm verwaltenden Stellen einer Beurteilung auf ihre regionalpolitische und nachhaltige Wirkung unterzogen.

In den Monaten April bis Juni 2010 überprüfte der Landes-Rechnungshof Vorarlberg u. a. das gegenständliche Programm. Der Prüfbericht wurde im September 2010 veröffentlicht. Er enthielt bezogen auf das Programm eine Empfehlung, die dem Landesrechnungshof jedoch bereits als umgesetzt gemeldet werden konnte. Darüber hinaus nahm auch die Prüfbehörde des Programms, die EU-Finanzkontrolle beim Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg (EKF) am 24.3.2010 und am 6.7.2010 eine Systemprüfung der Bescheinigungsbehörde vor. Auch diese Prüfung erbrachte die Feststellung, dass die bescheinigende Behörde korrekt agiert und die von ihr angewandten Systeme ordnungsgemäß funktionierten. Im Berichtsjahr nahm die Bescheinigungsbehörden in drei Fällen an Vor-Ort Kontrollen der First-Level-Control teil, und in zwei Fällen an Einzelprüfungen der Prüfbehörde.

- INTERREG IV A-Programm Deutschland/Bayern-Österreich:

An diesem Programm, das mit rund 57,6 Mio Euro an EFRE-Mitteln dotiert ist, ist Vorarlberg nur mit fünf Projekten und einer EFRE-Gesamtfördersumme von Euro 500.000,— beteiligt. Die Programmmittel sind auf Vorarlberger Seite zur Gänze ausgeschöpft. Im Berichtsjahr hat sich ein Vorarlberger Projektpartner an einem neuen Projekt beteiligt. Im Programm Deutschland/Bayern-Österreich haben zwei Sitzungen des Begleitausschusses stattgefunden, nämlich am 10./11.5. in Innsbruck und am 18.11.2010 in Lindau.

- INTERREG IV B-Programm „Alpenraum“:

Im Programm „Alpenraum“ ist Vorarlberg mit vier Projekten und einer EFRE-Gesamtfördersumme von Euro 1.002.295,— beteiligt. Ein Vertreter der Abteilung Europaangelegenheiten und Außenbeziehungen (PrsE) hat in Ausübung seiner Funktion als gemeinsamer Ländervertreter an einem Workshop des Programms zum

## Präsidium

Thema „Herausforderungen des Klimawandels in den Alpen“ am 4. und 5.5.2010 in Interlaken sowie an einer Sitzung des Programm-Komitees am 23. und 24.6.2010 in Luzern teilgenommen.

### – Europäische Union/Ausschuss der Regionen (AdR):

Im Berichtsjahr ist der AdR, in dem Vorarlberg durch Landesstatthalter Mag. Markus Wallner als Mitglied und Landtagspräsidentin Dr. Bernadette Mennel als dessen Stellvertreterin vertreten war, zu fünf Plenarversammlungen zusammen getreten. Vorarlberg war an zwei davon vertreten.

Die Arbeit Vorarlbergs konzentrierte sich im Jahr 2010 auf die Fachkommission „Wirtschaft- und Sozialpolitik“ (ECOS), wobei Vorarlberg an drei Sitzungen teilgenommen hat. Weiters wurde die Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) viermal besucht.

### – Europainformation:

Im Jahr 2010 hat das Amt der Vorarlberger Landesregierung mehrere Veranstaltungen zu EU-Themen durchgeführt bzw. gefördert. Anlässlich der Dornbirner Herbstmesse konnten die EU-Regionalförderprogramme einschließlich Best-Practice-Beispiele einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Auf Einladung des Wirtschaftsbundes Dornbirn wurden im November Unternehmer über „Aktuelle Entwicklungen und EU-Fördermöglichkeiten für KMU“ informiert. Im Oktober fand im Amt der Vorarlberger Landesregierung eine Diskussionsveranstaltung mit einem Vertreter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zu aktuellen EU-Themen wie EU-Regionalpolitik nach 2013, EU-2020-Prozess, EU-Budget, GAP 2014+ oder die so genannte Patienten-Richtlinie statt. Für das Seminar der Universität Innsbruck „Implementierung des Vertrags von Lissabon“, eine Projektreise „EU erleben 2010“ des BG Bregenz Blumenstraße und ein „Europafest“ des Bundesgymnasiums Dornbirn Schoren wurden Förderbeiträge gewährt.

Die Aktivitäten des Amtes der Vorarlberger Landesregierung im Rahmen der Europainformation konzentrierten sich auf Informationen über EU-Fördermöglichkeiten. Durch regelmäßige Aussendungen der Förderinfos – im Jahr 2010 waren es neun Aussendungen – werden potenzielle Förderwerberinnen und Förderwerber über aktuelle Fördermöglichkeiten informiert. Schließlich wurden EU-geförderte Projekte vermehrt öffentlichkeitswirksam in den Vorarlberger Medien und im Rahmen der Dornbirner Herbstmesse dargestellt.

## 1.8 Hilfeleistung im Ausland:

Als „Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen und sonstigen Ereignissen im Ausland“ wurden Euro 300.000,— und als „Osthilfe“ rund Euro 167.752,— ausgegeben. Die Mittel wurden wie folgt verwendet:

Im Bereich „Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen und sonstigen Ereignissen im Ausland“ wurden verschiedene Maßnahmen nach dem Erdbeben in Haiti mit Euro 250.000,— finanziert: Ankauf von Zelten, Ankauf von Küchensets, Renovierung von Kleinschulen in Port au Prince, Wiederaufbau von Wohnhäusern in Morne á Bateau, Wiederaufbau einer Vorschule in Port au Prince. Für die Opfer der Flutkatastrophe in Pakistan wurden Hygienesets um Euro 50.000,— angeschafft.

Aus Mitteln der „Osthilfe“ wurde das Programm für albanische Schulen mit rund Euro 13.600,— fortgesetzt. Für die Renovierung von zwei Schulen in Albanien wurden zusammen Euro 18.000,— aufgewendet, für Schulen und bedürftige Familien in Nord- und Mittelalbanien wurden Holzöfen angeschafft. Die Ausstattung der Notfallaufnahme eines albanischen Spitals wurde mit Euro 5.000,— gefördert, für eine abgelegene Region in Mittelalbanien wurde ein gebrauchtes Krankentransportfahrzeug angeschafft, in Nordalbanien konnte der Aufbau des Feuerwehrwesens unterstützt werden. Für eine albanische Armenapotheke wurden wieder Medikamente zur Verfügung gestellt. Mit der Übernahme der Transportkosten für mehrere Hilfstransporte konnten dringende Schul- und Sozialprojekte in Albanien ermöglicht werden. Für die Renovierung eines Sozialzentrums in Omsk/Sibirien wurden Euro 20.000,— bereitgestellt. In einem armenischen Dorf konnte ein landwirtschaftliches Bewässerungsprojekt mit Euro 8.000,— realisiert werden, das medizinische Ausbildungsprogramm für armenische Ärzte am LKH Feldkirch wurde weitergeführt. In Weißrussland wurde die medizinische

Rehabilitation von strahlengeschädigten Kindern mit Euro 10.000,— unterstützt. Die Verbesserung von Sicherheitsstrukturen in Gomel/Weißrussland wurde ebenfalls gefördert. Ein Benefizkonzert für Projekte von Pater Georg Sporschill in Moldawien wurde unterstützt. Ein Hilfsprojekt zur Unterstützung von Kindern aus bedürftigen Familien in mehreren Ostländern (Armenien, Aserbeidschan, Georgien, etc.) wurde mit Euro 10.000,— gefördert.

### 1.9 Entwicklungszusammenarbeit:

Als „Hilfe für Entwicklungsländer“ wurden rund Euro 411.000,— ausgegeben. Für folgende Projekte wurden Beiträge gewährt:

#### Südamerika:

Obdachlosen- und Sozialprojekte von Bischof Kräutler in Altamira/Brasilien, Handwerksausbildungsprojekt in Chiapas/Mexiko, Saatgutprojekt in Nicaragua, Trinkwasserprojekt in Nicaragua.

#### Afrika:

Waisenkinderprojekte in Äthiopien, Ausbildungsprojekt für Lehrerinnen und Lehrer in Kefalo/Äthiopien, Bildungsprojekt in Fuanbuanli/Burkina Faso, Medikamentenhilfe für das Spital in Akwatia/Ghana, Medikamentenhilfe für das Spital in Ngaoubela/Kamerun, Trinkwasserprojekt in Juja/Kenya, Stromversorgung für ein Krankenhaus in Homa Bay/Kenya, Schulprojekt in Feshi/Kongo, Bildungsinstitut in Antananarivo/Madagaskar, Landwirtschaftsprojekt Ichagill/Mali, Mädchenprojekt in Matmata/Marokko, Entbindungsstation in Mangunde/Mosambik, Trinkwasserprojekt in Agbani/Nigeria, Berufsschulprojekt in Enugu/Nigeria, Gesundheitsprojekt in Ndubia/Nigeria, Gesundheitsstation in N`Gabou/Senegal, Sozialprojekt in Lomin/Sudan, Aidsprojekte in Mariannahill und Sizanani/Südafrika, Handwerkerförderung in Mdabulo/Tanzania, Trinkwasserversorgung für Ligeria/Tanzania, Landwirtschaftsprojekt in Ligunga und Songea/Tanzania, Landwirtschaftsprojekt in Iringa und Kilolo/Tanzania, Schulprojekt in Meserani/Tanzania, Handwerkerförderung in Ndanda/Tanzania, Nachhaltige Landwirtschaft in Morogoro/Tanzania, Schulprojekt in Kwangulelo/Tanzania, Trinkwasserprojekt in Togoville/Togo, Trinkwasserprojekt in Maddu/ Uganda.

#### Asien:

Kinderbetreuungsprojekt in Ulan Bator/Mongolei, Frauenprojekt in Kottapuram/Indien, Kleinkreditprogramm in Ernakulam/Indien, Kinderbetreuungsprojekt in Tani/Kambodscha, Trinkwasserprojekt in Panchkhal/Nepal, Gesundheitsprojekt in Dhulikhel/Nepal.

Dem Österreichischen Austauschdienst und dem Afro-Asiatischen Institut, beide Wien, wurden Beiträge zur direkten Betreuung von Studentinnen und Studenten aus Entwicklungsländern gewährt. Der Verein „Südwind-Agentur“ in Dornbirn erhielt eine Subvention, die Öffentlichkeitsarbeit der „ARGE Weltläden“ und die Informationskampagne „Fairtrade“ wurden unterstützt.

## 2. Gesetzesentwürfe:

Dem Landtag wurden im Berichtsjahr 2010 neun Gesetzesentwürfe in Form von Regierungsvorlagen zur Beschlussfassung vorgelegt. Es handelt sich um folgende Gesetzesentwürfe:

- Gesetz über eine Änderung des Vergabenachprüfungsgesetzes (Beilage 4/2010)
- Gesetz über eine Änderung des Kindergartengesetzes (Beilage 15/2010)
- Gesetz über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung – Sammelnovelle (Beilage 88/2010)
- Gesetz über eine Änderung des Land- und Forstarbeitsgesetzes (Beilage 92/2010)

## Präsidium

- Gesetz über eine Änderung des Bauproduktegesetzes (Beilage 112/2010)
- Gesetz über eine Änderung des Spitalgesetzes (Beilage 115/2010)
- Gesetz über eine Änderung des Kriegsoferabgabegesetzes (Beilage 117/2010)
- Gesetz über eine Änderung des Gemeindevergnügungssteuergesetzes (Beilage 118/2010)
- Gesetz über die Landes- und Gemeindestatistik (Beilage 130/2010)

### 3. Landesgesetzblatt:

Im Jahrgang 2010 des Landesgesetzblattes wurden 15 Gesetze kundgemacht:

Mit dem Gesetz über eine Änderung des IPPC- und Seveso-II-Anlagengesetzes, LGBl.Nr. 3/2010, wird in erster Linie die EU-Umwelthaftungsrichtlinie umgesetzt. Außerdem wird das Gesetz umbenannt in „Gesetz über Betreiberpflichten zum Schutz der Umwelt“. Die Novelle legt fest, was Umweltschäden sind und wer für die Sanierung von Umweltschäden aufkommen muss.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Land- und Forstarbeitsgesetzes, LGBl.Nr. 6/2010, werden vier Novellen des Landarbeitsgesetzes 1984 ausgeführt. Das Gesetz beinhaltet im Wesentlichen Änderungen im Beitrags- und Leistungsrecht der Betrieblichen Mitarbeitervorsorge. Daneben werden die Bestimmungen über die Bildungskarenz geändert und attraktiver gestaltet. Schließlich wird die Mindestdauer der Karenz und der Teilzeitbeschäftigung von drei auf zwei Monate herabgesetzt.

Das Gesetz über eine Änderung des Bezügegesetzes 1998, LGBl.Nr. 7/2010, enthielt folgende Änderungen: Da § 3 Abs. 2 des Bezügegesetzes 1998, nach dem die Bezüge an ein inländisches Geldinstitut auszuführen sind, Art. 49 des EG-Vertrages widersprach (vgl. das Urteil des EuGH vom 25.6.2009 in der Rechtssache C-356/08), wurde diese Bestimmung entsprechend geändert. Gleichzeitig wurde klargestellt, dass der Empfänger dafür zu sorgen hat, dass ihm die Bezüge spesenfrei überwiesen werden können. Weiters wurde verdeutlicht, dass der Monatsbezug eines Bürgermeisters nicht höher sein kann als jener eines Landesrats. Im Übrigen wurden jene Mitglieder des Vorarlberger Landtags, die ihre Tätigkeit im Landtag in der Regel hauptberuflich ausüben, wie der Präsident des Landtags und die Klubobmänner, in die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung miteinbezogen.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – Sammelnovelle, LGBl.Nr. 12/2010, erfolgten jene landesgesetzlichen Anpassungen, die auf Grund der bis zum 28.12.2009 umzusetzenden Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt notwendig waren. Die Dienstleistungsrichtlinie dient dazu, Hemmnisse für die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen zu beseitigen, und enthält sowohl Regelungen zur Niederlassungs- als auch zur Dienstleistungsfreiheit. Wesentlicher Gegenstand der Sammelnovelle waren Änderungen des Bergführergesetzes, des Schischulgesetzes, des Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes, des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes und des Bauproduktegesetzes, mit denen derartige Hemmnisse beseitigt wurden (wie etwa die Beschränkung betreffend das Anwerben und Aufnehmen von Schischülern nur am Standort der Schischule oder das Verbot für Schischulen aus einem anderen Land oder dem Ausland, Schüler in Vorarlberg aufzunehmen).

Das Gesetz über die Schaffung einer Geodateninfrastruktur (Landes-Geodateninfrastrukturgesetz – L-GIG), LGBl.Nr. 13/2010, dient der Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG (INSPIRE-Richtlinie) auf Landesebene. Es soll EU-weit die Verfügbarkeit, Qualität, Zugänglichkeit und gemeinsame Nutzung von Geodaten ermöglicht bzw. verbessert werden. Das Gesetz enthält entsprechende Verpflichtungen der öffentlichen Geodatenstellen (Organe des Landes, der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände sowie bestimmter landesgesetzlich geregelter Einrichtungen).

Das Gesetz über eine Änderung des Vergabenaachprüfungsgesetzes, LGBl.Nr. 17/2010, enthält Regelungen über die Unwirksamklärung bereits abgeschlossener Verträge und die Verhängung von Geldbußen über Auftraggeber, die einen Auftrag in rechtswidriger Weise ohne Vergabebekanntmachung vergeben haben.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Kindergartengesetzes, LGBl.Nr. 26/2010, wurde eine Regelung zur Prüfung des Sprachförderbedarfs von vierjährigen Kindern vorgesehen, die noch nicht zum Besuch eines Kindergartens an-

gemeldet sind. Wird bei ihnen ein Sprachförderbedarf festgestellt, dann sind sie verpflichtet, einen Kindergarten im Ausmaß von 16 bis 20 Wochenstunden zu besuchen. Die mit der letzten Novelle des Kindergartengesetzes eingeführte Besuchspflicht für Kinder ab dem vollendeten fünften Lebensjahr wurde somit auf vierjährige Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf erweitert.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Bezügegesetzes 1998, LGBl.Nr. 32/2010, wurde – nach der „Nulllohnrunde“ im Jahr 2010 – eine weitere „Nulllohnrunde“ für Landes- und Gemeindepolitiker für das Jahr 2011 vorgesehen. Das bedeutet, dass jene Politikerbezüge, die landesgesetzlich geregelt sind, bis 31.12.2011 nicht erhöht werden (davon ausgenommen sind Bürgermeisterbezüge und Entschädigungen der Mitglieder sonstiger Gemeindeorgane unter der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage nach § 45 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes). Auch die Ruhe- und Versorgungsbezüge sollen im Jahr 2011 grundsätzlich nicht angepasst werden (ausgenommen sind wiederum nur Ruhe- und Versorgungsbezüge unter der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage).

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Pflichtschulzeitgesetzes, LGBl.Nr. 47/2010, wurden mehrere Änderungen bzw. Klarstellungen in Bezug auf die Berufsschulen vorgenommen (Entfall der Regelungen über die saisonmäßigen Berufsschulen; bei den lehrgangsmäßigen Berufsschulen: Klarstellung über den Beginn des Schul- und Unterrichtsjahres und den Beginn der Hauptferien sowie über die Mindest- und Höchstdauer der Hauptferien; Schaffung einer gesetzlichen Verpflichtung der Landesregierung, den Beginn und das Ende der einzelnen Lehrgänge sowie deren Dauer mittels Verordnung festzulegen etc.).

Mit dem Gesetz über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung – Sammelnovelle, LGBl.Nr. 63/2010, erfolgt die Umsetzung der Vereinbarung über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Ziel der Vereinbarung (und damit der Gewährung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung) ist die verstärkte Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die weitestmögliche Förderung einer dauerhaften (Wieder-)Eingliederung ihrer Bezieher in das Erwerbsleben. Neu sind verbesserte Mindestsicherungsleistungen, eine flächendeckende Krankenversicherung für deren Bezieher, verbesserte Bestimmungen in Bezug auf allfällige Kostenersätze und überarbeitete Verfahrensvorschriften.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes 1988, LGBl.Nr. 66/2010, wurden die pensionsrechtlichen Regelungen an jene der Landesbeamten angeglichen (Pensionsreform auf Gemeindeebene); weiters wurden bestimmte Stichtage (im Zusammenhang mit der Anrechnung von Vordienstzeiten) auf Grund ihrer EU-Rechtswidrigkeit beseitigt. Des Weiteren wurde die Regelung über die Gewährung einer Teuerungszulage geändert (Entfall der jährlich zwingenden Teuerungsabgeltung durch Einführung einer Ermessensbestimmung; Schaffung mehrerer Varianten bei der Gewährung der Teuerungszulage). Ferner wurde die Regelung über die Heiratsbeihilfe und die Familienzulage abgeschafft; im entsprechenden Ausmaß wurde jedoch die Kinderzulage erhöht. Im Bereich der Familienzulage wurde eine Übergangsbestimmung geschaffen.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Landesbedienstetengesetzes 1988, LGBl.Nr. 67/2010, wurde die Regelung über die Gewährung einer Teuerungszulage geändert sowie die Regelung über die Heiratsbeihilfe und die Familienzulage abgeschafft (siehe die Ausführungen zur Novelle LGBl.Nr. 66/2010). Ferner erfolgte eine Änderung auf Grund eines EU-rechtlichen Anpassungsbedarfs (Berücksichtigung des erworbenen Urlaubsanspruchs in Stunden bei Änderung des Beschäftigungsausmaßes).

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Landesbedienstetengesetzes 2000, LGBl.Nr. 68/2010, wurden die Änderungen, die im Landesbedienstetengesetz 1988 im Rahmen der Novelle LGBl.Nr. 67/2010 erfolgt sind, übernommen. Weiters wurde die Regelung über die Auszahlung der Bezüge aus EU-rechtlichen Gründen angepasst.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Gemeindeangestelltengesetzes 2005, LGBl.Nr. 69/2010, wurden die Änderungen, die im Landesbedienstetengesetz 2000 im Rahmen der Novelle LGBl.Nr. 68/2010 erfolgt sind (siehe die obigen Ausführungen), übernommen. Da im GAG 2005 der Urlaubsanspruch bereits in Stunden berechnet wird, musste in diesem Bereich keine Änderung vorgenommen werden.

Mit dem Gesetz über eine Änderung des Bezügegesetzes 1998, LGBl.Nr. 70/2010, wurden mehrere Verweise auf das Landes- bzw. Gemeindebedienstetengesetz 1988 angepasst.

## Präsidium

Neben den erwähnten Gesetzen wurden 2010 im Landesgesetzblatt folgende staatsrechtliche Vereinbarungen kundgemacht:

- Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten, LGBl.Nr. 43/2010. In dieser Vereinbarung sind die Länder übereingekommen, das Österreichische Institut für Bautechnik mit der Marktüberwachung von Bauprodukten zu betrauen. In der Vereinbarung werden u. a. auch die Aufgaben der Marktüberwachungsbehörde festgelegt.
- Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung, LGBl.Nr. 62/2010. Ziel der Vereinbarung ist die verstärkte Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die weitestmögliche Förderung einer dauerhaften (Wieder-)Eingliederung der Bezieher von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in das Erwerbsleben. Außerdem wird damit eine gewisse Einheitlichkeit hinsichtlich Leistungsumfang und Leistungshöhe zwischen den einzelnen Ländern bezweckt.

Daneben wurden im Landesgesetzblatt kundgemacht: die Aufhebung einer Tarifpost der Verwaltungsabgabenverordnung durch den Verfassungsgerichtshof, LGBl.Nr. 46/2010, die Berichtigung eines Druckfehlers im Landesgesetzblatt, LGBl.Nr. 57/2010, die Aufhebung einer Widmung im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Bartholomäberg durch den Verfassungsgerichtshof, LGBl.Nr. 59/2010, die Aufhebung der Verordnung der Landeshauptstadt Bregenz durch den Verfassungsgerichtshof, LGBl.Nr. 61/2010, sowie der Landtagsbeschluss über den Voranschlag des Landes Vorarlberg für das Jahr 2011, LBGI.Nr. 76/2010.

Weiters enthält das Landesgesetzblatt 50 Verordnungen der Landesregierung. Von diesen entfallen auf

Organisation der Landesverwaltung.....	1
Organisation der Gemeindeverwaltung.....	1
Dienstrecht.....	10
Schulwesen.....	4
Abgabenrecht.....	5
Gesundheitswesen.....	2
Sozialwesen.....	4
Familie, Jugend und Frauen.....	1
Natur- und Landschaftsschutz.....	4
Landwirtschaft.....	5
Jagd und Fischerei.....	2
Veterinärwesen.....	1
Raumplanung.....	8
Bauwesen.....	2

Schließlich enthält das Landesgesetzblatt Jahrgang 2010 acht Verordnungen des Landeshauptmannes.

Im Berichtszeitraum 2010 erfolgte eine Neukundmachung (Verordnung der Landesregierung über die Neukundmachung des Mindestsicherungsgesetzes, LGBl.Nr. 64/2010). Damit liegt die Zahl der Neukundmachungen seit der Einführung dieser Möglichkeit durch die Landesverfassung im Jahre 1959 bei insgesamt 96.

## **4. Bund und Länder:**

### **4.1 Politische Vereinbarung über die Neuordnung des Bundesstaates:**

Im Berichtsjahr wurden keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

### **4.2 Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit:**

Im Jahr 2010 wurden keine Fortschritte erzielt.

### **4.3 Staatsrechtliche Vereinbarungen:**

Abgesehen von den im Landesgesetzblatt kundgemachten Verordnungen fanden im Berichtsjahr Verhandlungen zu folgenden staatsrechtlichen Vereinbarungen statt:

Die Verhandlungen über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken wurden abgeschlossen. Die Vereinbarung kann derzeit nicht in Kraft gesetzt werden, weil die Kommission eine Stillhaltefrist verhängt hat.

Es wurden Verhandlungen über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG betreffend die Anerkennung des Qualitätsrahmens für die Erwachsenenbildung Ö-Cert geführt. Vor kurzem endete die Frist für die Länder, zu dem vom BMUKK (zuletzt) übermittelten Vereinbarungsentwurf Stellung zu nehmen.

Am Ende des Berichtsjahres wurde seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein erster Entwurf über eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine Transparenzdatenbank übermittelt. Ziel der Vereinbarung ist es, sämtliche öffentliche Leistungen (von Bund, Ländern und Gemeinden), die natürlichen oder juristischen Personen gewährt werden (v. a. Förderungen und Transferleistungen), zu Informations-, Nachweis- und Steuerungszwecken übersichtlich und vollständig in einer zentralen Datenbank darzustellen.

### **4.4 Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen:**

Im Jahr 2010 wurden der Landesregierung 358 Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen des Bundes sowie von internationalen Abkommen zur Stellungnahme übermittelt. Im gleichen Zeitraum hat die Landesregierung zu 354 Gesetzes- und Verordnungsentwürfen sowie zu internationalen Abkommen Stellung genommen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Wahrung der Länderinteressen und auf eine möglichst zweckmäßige und wirtschaftliche Verwaltung gelegt. In drei Fällen wurde ein Verlangen nach Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium gestellt.

### **4.5 Institut für Föderalismus:**

In der Schriftenreihe des Instituts ist im Berichtsjahr ein Band erschienen. In der Reihe „Föderalismus-Dokumente“ sind zwei Bände erschienen.

### **4.6 Wichtige föderalistische Ereignisse im Jahr 2010:**

Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2009 hat der Bundesgesetzgeber das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955 in der Fassung BGBl. I Nr. 52/2009, geändert und die Bestimmung des § 447a Abs. 5, welche zur Bildung einer Rücklage aus den Mitteln des Ausgleichsfonds (die so genannten „Katastrophenmittel“ des Ausgleichsfonds) verpflichtete, gestrichen. Bei der in § 643 Abs. 2 vorgenommenen Aufteilung dieser Mittel wurde die Wiener Ge-

## Präsidium

bietskrankenkasse in einem Ausmaß bevorzugt, das Bedenken einer einseitigen Privilegierung zu Lasten anderer Gebietskrankenkassen (z. B. der Vorarlberger Gebietskrankenkasse) hervorrief. Auf Grund ihres Beschlusses vom 23.6.2009 stellte die Vorarlberger Landesregierung daher beim Verfassungsgerichtshof einen Gesetzesprüfungsantrag gemäß Art. 140 B-VG, mit dem sie eine Aufhebung der Aufteilungsregelung wegen Verletzung des Gleichheitssatzes sowie des Grundrechts auf Eigentum begehrte. In seiner Entscheidung vom 23.9.2010, G166/09-16, G198/09-20 und G282/09-17, hat der Verfassungsgerichtshof die angefochtene Bestimmung (§ 643 Abs. 2 ASVG) aufgehoben. Der Verfassungsgerichtshof kam zum Ergebnis, dass mit der angefochtenen Maßnahme ein Ausgleichsinstrument geschaffen wurde, das sich außerhalb des Ordnungsgefüges des Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen bewegt, zu den dort vorgesehenen Maßnahmen somit nicht bloß hinzutritt, sondern im Widerspruch steht und für das eine sachliche Rechtfertigung nicht zu sehen ist.

## 5. Regierungssitzungsdienst:

Im Berichtsjahr hat die Landesregierung 43 Sitzungen abgehalten und 1.127 Gegenstände behandelt. Dem Landtag wurden 26 Regierungsvorlagen zugeleitet.

## 6. Verwaltungsentwicklung:

Die Aufgaben der Verwaltungsentwicklung umfassen Maßnahmen zur Verwaltungsreform, die Entwicklung und Einführung von Methoden und Instrumenten des Verwaltungscontrollings sowie den Bereich Projektmanagement. Weiters gehören die Koordination von Innovationswettbewerben sowie das interne Vorschlagswesen zum Aufgabengebiet der Verwaltungsentwicklung. Im Rahmen der Verwaltungsreform werden Organisationsentwicklungsprojekte konzipiert und betreut, Abteilungen und Dienststellen bei der Anpassung und Weiterentwicklung ihrer Organisationsstrukturen beraten sowie Möglichkeiten der Aufgabenreduktion bzw. -optimierung geprüft. Verwaltungscontrolling findet unter anderem im Rahmen des Vorarlberger New Public Management-Modells V aufkurs statt. Das Projektmanagement beinhaltet die Wartung und Weiterentwicklung des Projektmanagementsystems sowie die Beratung von Projektleiterinnen und Projektleitern.

Für das Jahr 2010 sind folgende Arbeitsschwerpunkte zu nennen:

V aufkurs – New Public Management (NPM) in der Landesverwaltung:

V aufkurs wurde auf weitere Abteilungen, Amtsstellen und Dienststellen der Landesverwaltung ausgerollt. Insgesamt 40 Organisationseinheiten haben begleitend zur Haushaltsplanung Leistungsvereinbarungen für das Jahr 2011 erstellt. Deren Qualität konnte weiter gesteigert werden. Leistungsbezogene Kennzahlen gehören mittlerweile ebenso zum Standard wie regelmäßige Leistungsberichte. Darüber hinaus wurde ein Leitbild für V aufkurs sowie ein auf drei Jahre ausgerichtetes Zielbild ausgearbeitet und beschlossen. Das Leitbild soll eine klare und leicht verständliche Grundlage als Orientierungshilfe für die Organisationseinheiten der Landesverwaltung für die Anwendung von V aufkurs bieten. Im Zielbild sind die von der Verwaltungsentwicklung gemeinsam mit den Organisationseinheiten bis 2012 umzusetzenden Ziele angeführt. Weiters wurden im Berichtsjahr mit den Führungskräften aller an V aufkurs beteiligten Organisationseinheiten Gespräche über ihre Erfahrungen mit V aufkurs bzw. ihre Erwartungen und Anforderungen an V aufkurs geführt. Dadurch wurde ein Bild über den Nutzen und die Wirkung von V aufkurs in der Landesverwaltung erhoben und der Bedarf für weitere Entwicklungen aufgezeigt. Die im Vorjahr begonnenen Vorbereitungen für die Standardisierung der V aufkurs Instrumente wurden weiter vorangetrieben. Hauptziel der Standardisierung ist die Anschaffung einer IT-Anwendung zur erleichterten Handhabbarkeit der Planungs- und Steuerungsinstrumente von V aufkurs.

Neuorganisation Pflegegeldvollzug:

Anträge auf Landes-Pflegegeld im Zuständigkeitsbereich der Bezirkshauptmannschaften Dornbirn und Bregenz werden seit Mitte 2009 im Rahmen eines Pilotversuchs in einem Backoffice bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz bearbeitet. Die Anträge auf den Anfang 2010 eingeführten Pflegezuschuss des Landes bearbeitet ebenfalls das Backoffice für alle Bezirkshauptmannschaften in Vorarlberg. Seit Ende 2010 werden auch die Anträge auf Landes-Pflegegeld im Zuständigkeitsbereich der Abteilungen Regierungsdienste und Personal im Backoffice der Bezirkshauptmannschaft Bregenz bearbeitet. Ziel der Konzentration der Bearbeitung im Backoffice ist es, das Know-how für die Durchführung der Verfahren zu bündeln und damit die Abwicklung der Anträge effizienter zu gestalten sowie die bisherigen Vollzugsstellen von dieser Aufgabe zu entlasten. 2011 soll die Neuregelung im Pflegegeldvollzug evaluiert und über eine Ausdehnung auf weitere Dienststellen sowie über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Organisationsanalyse und Personalentwicklung Jugendwohlfahrt:

Für die Jugendwohlfahrtsabteilungen der Bezirkshauptmannschaften wurden gemeinsam mit dem Fachbereich Jugendwohlfahrt der Abteilung Gesellschaft und Soziales (IVa) erste Analysen der Organisationsstrukturen und der Möglichkeiten für eine personelle Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt. Wesentliche Ziele sind die Überprüfung und Anpassung der Leistungskataloge, eine Analyse der Kernprozesse, Funktions- und Rollenklärungen, die Entwicklung einer Grundlage für die Personalbemessung sowie die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzepts. Bereits während dieses Prozesses wurden die Personalkapazitäten bei den Jugendwohlfahrtsabteilungen aufgestockt. Die Weiterentwicklung und die Umsetzung werden 2011 fortgeführt.

Darüber hinaus hat die Verwaltungsentwicklung bei Projekten anderer Abteilungen maßgeblich mitgewirkt. Beispielhaft werden folgende Projekte hervorgehoben:

Data-Warehouse in der Landesverwaltung:

Ziel des Projektes ist es, die Anforderungen an eine Data-Warehouse-Anwendung zu definieren, ein Konzept für die Umsetzung zu erstellen und eine geeignete Anwendung anzuschaffen. Mit einem übergreifenden Data-Warehouse sollen in der Landesverwaltung einheitliche Grundlagen für Informationsgewinnung und Berichtswesen geschaffen werden.

Prozessanalyse Hochbautechnischer Sachverständigendienst:

Mit einer Prozessanalyse wurden die Ist-Prozesse erhoben und analysiert. Verbesserungsmöglichkeiten zur effektiveren und effizienteren Gestaltung der Arbeitsabläufe wurden aufgezeigt und nach Aufwand und Nutzen ihrer Umsetzung bewertet. Mögliche Varianten der organisatorischen Eingliederung des Hochbautechnischen Sachverständigendienstes wurden untersucht und deren Vor- und Nachteile gegenübergestellt.

Umsetzung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in der Landesverwaltung:

Ziele sind die KLR qualitativ zu verbessern und auf Kostenträgerbasis flächendeckend in der gesamten Landesverwaltung auszurollen. Die Umsetzung erfolgt abgestimmt mit dem Planungs- und Steuerungsinstrument V aufkurs.

## **7. Landesstelle für Statistik:**

In der Landesstelle für Statistik wurden im Jahr 2010 folgende Sachgebiete im Rahmen der Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik herausgegeben:

- Bevölkerungsstand
- Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Kinderbetreuung

## Präsidium

- Schulwesen
- Tourismus
- Entwicklung der Preise
- Staatsbürgerschaftsverleihungen
- Gemeindefinanzen
- Exporte der Vorarlberger Wirtschaft
- Landtagswahl
- Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen

Als kurzfristige Informationen über die Wirtschaftslage werden alle zwei Monate wichtige Indikatoren zur Beobachtung der Wirtschaftssituation veröffentlicht. Es handelt sich um eine Zusammenfassung häufig benötigter statistischer Daten.

Die Indikatoren zur Beurteilung des Tourismus, die monatlich berechnet werden, informieren über Gästeankünfte und Gästenächtigungen. Weiters werden in der Bestandsstatistik die Zahl der Betten und der Tourismusbetriebe veröffentlicht.

Monatlich wird ein regionaler Arbeitsmarktbericht veröffentlicht, der über wichtige Arbeitsmarkt-Kennzahlen wie Arbeitskräfteangebot, Stellennachfrage, Arbeitslose, Bruttoregionalprodukt, Unternehmensneugründungen, Insolvenzen informiert.

Es wurde der Vorarlberger Gemeindefolder mit wichtigen Gemeindekennzahlen zur Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Flächennutzung, Gemeindefinanzen, Wahlen, Unfälle u. a. m. publiziert und am Welt-Statistik-Tag in Dornbirn präsentiert.

Im Rahmen der analytischen Statistik wurden folgende Arbeiten der Landesstelle für Statistik durchgeführt:

- Kleinräumige Bevölkerungsprognosen
- Mitarbeit für ein Vorarlberger Social-Monitoring-System
- Mitarbeit zur Erhebung Werteorientierung Jugendlicher
- Mitarbeit bei der Harmonisierung wichtiger Kennzahlen in der Region Bodensee
- Erstellen und Auswerten von Befragungen zu den Themengebieten: Soziales, Verkehr und Wirtschaft
- Analysen und Auswertungen zur Kindertagesheimstatistik
- Analysen zum Familienzuschuss
- Teuerungsschätzungen

Der Statistik-Pool-Vorarlberg wurde gegründet. Durch den Statistik-Pool-Vorarlberg haben die Besucher der Homepage einen erleichterten Zugang zu statistischen Daten mit Vorarlbergbezug. Weiters bietet der Statistik-Pool-Vorarlberg eine Plattform für den Informationsaustausch der Statistik-Pool-Teilnehmer. Kernthemen sind: Datenlage, Datenqualität, gemeinsamer Datenankauf, Datenauswertungen.

Das Datenangebot im Internet wird laufend aktualisiert. Die Landesstelle für Statistik bietet einen Indexrechner im Internet zur Berechnung von Teuerungsraten bzw. Wertsicherungen nach dem Vorarlberger Lebenshaltungskostenindex an. Mit der Web-Datenbank können Bevölkerungsstände nach Altersklassen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Gemeinden und Wohnsitzqualität abgerufen werden. Weiters kann per Internet der Statistik-Newsletter abonniert werden.

Die Landesstelle für Statistik bietet umfangreiche Daten und Fakten zu folgenden Sachgebieten an:

- Alle Veröffentlichungen im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialstatistik
- Kurzberichte der Landesstelle für Statistik
- Neues von der Statistik
- Lebenshaltungskostenindex

- Regionaler Arbeitsmarkt
- Tourismus
- Verwaltungszählung
- Volkszählung 2001
- Proberegisterzählung 2006
- Wirtschaftsbericht

Das Tourismuserfassungsprogramm wurde neu programmiert und in Betrieb genommen. Die Datenbank zur Tourismusstatistik wurde angepasst. Excel-Funktionen für Tourismusabfragen wurden programmiert. Die Datenbank zur Kindertagesheimstatistik wurde angepasst.

Die Bezirkshauptmannschaften und die Gemeinden haben auf Ersuchen von Statistik Österreich bzw. der Vorarlberger Landesregierung an folgenden statistischen Erhebungen mitgewirkt:

- Bevölkerungsstatistik
- Agrarstrukturerhebung
- Jagdstatistik
- Schlachtungsstatistik

## **8. Landespressestelle:**

Die Landespressestelle hat mit den heimischen und überregionalen Medien sowie Pressestellen in den anderen Ländern, der Bodenseeregion und im Arge Alp-Raum engen Kontakt gehalten. Im Mittelpunkt steht das Ziel, die Öffentlichkeit offen, sachlich, umfassend und rechtzeitig über alle öffentlich relevanten Tätigkeiten und Ziele des Landes Vorarlberg zu informieren. Die Landespressestelle bringt sich dabei als Informations- und Kommunikationsdrehscheibe zwischen Bevölkerung, Medien, Verwaltung und politischen Entscheidungsträgern ein.

Das Leistungsangebot der Landespressestelle:

Kurzinfo/Aviso:

Mit dem VLK-Kurzinfo/Aviso werden die Medien jeden Morgen via E-Mail und Internet über das zu erwartende Tagesgeschehen informiert. Ein Service, den die Medien gerne annehmen. Tägliche Informationen über Pressetermine und aktuelle Themen der Vorarlberger Landespolitik können so transportiert werden. Jeweils freitags und dienstags erscheint ein aktuelles Wochen-Aviso.

Vorarlberger Landeskorrespondenz (VLK):

Die Vorarlberger Landeskorrespondenz (VLK) ist der täglich erscheinende offizielle Mediendienst (bestehend aus Text, Bild, Audio, Video und Grafiken) des Amtes der Vorarlberger Landesregierung. Zeitungen, Rundfunkanstalten, Nachrichtendienste, Agenturen und Redaktionen sowie freie Journalisten werden werktags und zunehmend auch am Wochenende mit aktuellen Informationen über das Geschehen in der Landespolitik und der Landesverwaltung informiert.

Die VLK erschien im Jahr 2010 mit insgesamt 935 Beiträgen. 68 VLK-Ausgaben beinhalteten zudem Original-Töne von Regierungsmitgliedern und/oder Expertinnen und Experten. Seit 2010 werden zu den Pressefoyers (zusätzlich zu den Original-Tönen) auch Video-Beiträge der einzelnen Referenten produziert. Sämtliche VLK-Aussendungen wurden tagesaktuell ins Internet bei Vorarlberg Online (vol.at) und auf [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at) (auch mit Fotos, Grafiken, Original-Tönen, Video-Beiträgen usw.) eingespeist. Zahlreiche VLK-Aussendungen wurden in den Originaltext-Service (OTS) der Austria Presse Agentur (APA) eingespeist.

## Präsidium

Der Vertrieb der VLK erfolgt per E-Mail mit direktem Link auf den Landes-Presseserver. Dort werden den Redaktionen auch alle Landes-Pressefotos zu den VLKs in Druckqualität direkt zum Download angeboten.

### VLK-Wochenspiegel:

Um interessierte VLK-Abonnenten und Medien auch komprimiert über aktuelle Ereignisse informieren zu können, wurden im wöchentlich erscheinenden VLK-Wochenspiegel (jeweils donnerstags, 49 Ausgaben) die wesentlichsten Informationen zusammengefasst. Übersichtlich, kurz und informativ ist dort das Wochengeschehen im Überblick dokumentiert.

Im Bregenzer Gemeindeblatt wurde wöchentlich eine „Landhaus-Seite“ gestaltet (erscheint jeweils freitags), in der wichtige Informationen den Bezirk Bregenz betreffend übersichtlich zusammengefasst wurden.

### Themenübersichten und Schlagzeilen:

Für Vorarlberg relevante Themen und Medien-Meldungen wurden täglich erfasst (über das Medienarchiv der Austria Presse Agentur, 14 Vorarlberger Wochenzeitungen, 17 österreichischen und 22 internationalen Tageszeitungen, 25 Wochenzeitschriften bzw. Magazinen, 51 Fachpublikationen und Monatsmagazinen, Radio Vorarlberg, Antenne Vorarlberg, ORF 2 „Vorarlberg heute“, gegebenenfalls auch Zeit im Bild). Die Auswertungen wurden jeden Werktag in „Vorarlberg-Schlagzeilen“ übersichtlich zusammengefasst und über [www.vorarlberg.at/presse](http://www.vorarlberg.at/presse) veröffentlicht.

### Presseveranstaltungen:

Die Landespressestelle hat 90 Pressekonferenzen (davon 42 „Pressefoyers“ im Anschluss an die Regierungssitzung) organisiert und durchgeführt und dafür in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen das entsprechende Informations- und Bildmaterial bereitgestellt. Von insgesamt 62 Pressekonferenzen wurden den Rundfunkanstalten auch digitale Original-Töne zur Verfügung gestellt. Das wöchentliche „Pressefoyer“ sowie alle Pressekonferenzen, die im Zimmer 133 im Landhaus stattfinden, wurden live im Internet übertragen.

In Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungsmanagement wurde der jährliche Medienempfang durchgeführt.

Die Koordination aller in Vorarlberg stattfindenden Pressekonferenzen in Zusammenarbeit mit dem Vorarlberger Presseclub wurde fortgeführt.

### Gemeindebesuche/Sprechstunden:

Die Termine und Orte der Gemeindebesuche bzw. der Sprechstunden wurden koordiniert. Für insgesamt 94 Gemeindebesuche bzw. Sprechstunden der Regierungsmitglieder und der Mitglieder des Landtagspräsidiums wurden Insetrate, Presseankündigungen, Veranstaltungshinweise, VLKs sowie Flugblätter (für die Wohnbauförderungssprechstunden auch Plakate) gestaltet.

### Broschüren:

Zum 24. Mal wurde ein Medienverzeichnis (auf 138 Seiten) aufgelegt, das die Anschriften, E-Mail-Adressen sowie Fax- und Telefonnummern der für Vorarlberg relevanten österreichischen und internationalen Agenturen, Rundfunkanstalten, Zeitungen, Zeitschriften, Pressestellen, Informationsdienste, Mitteilungs- und Amtsblätter, Freien Journalisten, Pressefotografen sowie Presseclubs des Bodenseeraumes enthält. Diese Daten sind auch im Internet abrufbar und werden dort permanent aktualisiert.

Die Broschüre „Vorarlberg kompakt“, die in deutscher und englischer Sprache vorliegt, wurde aktualisiert.

Zudem wurde an der Gestaltung mehrerer Broschüren und Folder mitgearbeitet bzw. bei deren Finanzierung mitgewirkt – insbesondere in den Bereichen Familie, Kindergarten, Sport, Jugend, Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Öffentlichkeitsarbeit:

Das vom Landes-Rechnungshof angeregte Organisationskonzept für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wurde im Jahr 2009 getestet und am 6.7.2010 von der Landesregierung beschlossen.

Das Logo des Landes Vorarlberg wurde auch in Deutschland als Marke registriert.

Neben dem definierten Corporate Design des Landes (Farben, Schriften und Logo-Platzierung) wurde auch bei Initiativen mit Eigennamen das Land Vorarlberg klarer als Absender ersichtlich gemacht. Das in Zusammenarbeit mit einer Agentur erarbeitete Wort/Bild-Marken-Konzept wurde gemeinsam mit der Servicestelle in die neu erstellte „Anleitung zur Verwendung von Logo und Wappen“ übernommen. Umsetzungen im Erscheinungsbild erfolgten in den Bereichen Sozialfonds, Freiwilliges Engagement, Familie, Sport, Ehrenamt und Naturschutz.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat die Landespressestelle die Bevölkerung umfassend über die Zielsetzungen und Inhalte der Vorarlberger Landespolitik und der daraus entstehenden Maßnahmen und Aktivitäten informiert: Die Initiativen „Kinder in die Mitte – Miteinander der Generationen“, „Vorarlberg bewegt“ und „Energiezukunft Vorarlberg“ wurden koordiniert und begleitet. Die Aktion „Jugend vor den Vorhang“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Büro für Zukunftsfragen weitergeführt.

Die Landespressestelle hat zudem an der Entwicklung und Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit zu den Projekten „Energiezukunft Vorarlberg“, „Passivhaus“, „Bildungsland Vorarlberg“, „Familienpass“, „Vision Rheintal“ und „Chancen leben“ mitgewirkt. Die Öffentlichkeitsarbeit des Landes zum Thema Mobilität („Mobil im Rheintal“, Südumfahrung Feldkirch, Fahrrad-Wettbewerb, Landrad, Mountainbike-Touren) wurde koordiniert und betreut.

Die Öffentlichkeitsarbeit anlässlich der Eröffnung diverser Hochbauprojekte (Baureports, Folder, PR) wurde koordiniert und begleitet.

Die Aktualisierung der Landes-Wohnbauförderungs-Broschüren erfolgte unter Mitarbeit der Landespressestelle.

Die Beschriftung für Landes-Gebäude wurde gemeinsam mit der Abteilung Hochbau und Gebäudewirtschaft (VIIc) neu und einheitlich gestaltet.

Das Layout des Amtsblattes wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Regierungsdienste (PrsR) und einem externen Grafiker modernisiert.

Sämtliche Newsletter des Landes wurden unter Mitwirkung der Landespressestelle in ihrem Auftritt vereinheitlicht und deren Vertrieb an ein professionelles Unternehmen vergeben.

Die Landespressestelle war bei der Erstellung des Briefpapiers etc. für Landtags-Abgeordnete, eines Folders anlässlich der Gemeindewahlen und bei der Neudefinition des Erscheinungsbildes der Landesbibliothek eingebunden.

Mit den budgetären Hauptakteuren der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Vorarlberg erfolgte im November 2010 eine gemeinsame Besprechung, um das Ziel einer abteilungsübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit des Landes zu vertiefen.

Die Einführung des „Integrationspreis 2011“ wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa) und dem Veranstaltungsmanagement koordiniert und betreut. Damit werden Projekte und Aktivitäten ausgezeichnet, welche die Begegnung zwischen Zugewanderten und Mehrheitsbevölkerung fördern und die ganz oder zum Teil mit freiwilliger bzw. ehrenamtlicher Beteiligung umgesetzt werden.

Die Ausschreibung der Initiative „Radverkehr Kommunikation“ erfolgte unter enger Mitwirkung der Landespressestelle. Auch die Neuausschreibung der Initiative zu den EU-Förderungen „Spiel den Trumpf“ erfolgte in Zusammenarbeit mit der Landespressestelle.

Neben Einschaltungen für öffentliche Ausschreibungen wurden 53 Stellenausschreibungen, 27 Bauausschreibungen und 82 sonstige Inserate der Landesverwaltung zielgruppenorientiert über verschiedene Tages- und Wochenzeitungen sowie über Fachzeitschriften abgewickelt.

Die Landespressestelle hat zu landespolitischen Schwerpunktthemen Inserate und PR-Beiträge in Auftrag gegeben. Das Erscheinungsbild der Stellenausschreibungen sowie die allgemeinen Inserate des Landes wurden weiter entwickelt.

Es wurden zahlreiche Beiträge für Zeitungen, Zeitschriften und Festschriften verfasst, Pressekonferenzen organisiert, moderiert, besucht und nachbetreut, Auskünfte erteilt, Interviews mit Regierungsmitgliedern und Landesbediens-

## Präsidium

teten vermittelt sowie auswärtige und Vorarlberger Journalisten betreut. Insgesamt 85 Redeunterlagen bzw. Veranstaltungsabläufe und rund 90 Vorworte und Statements wurden verfasst.

An der Mitarbeiterzeitung „V-Dialog“ wurde mitgearbeitet.

Ein Vertreter der Landespressestelle wirkte auch im Pandemie-Kristenstab mit – die Pressearbeit über die neue Grippe erfolgte durch die Landespressestelle.

Gemeinsam mit dem Jugend- und Familienreferat und der Messe Dornbirn wurde die „Junge Halle“ neu konzipiert und koordiniert.

Diverse Beilagen und Themen-Serien von Vorarlberger Medien wurden redaktionell begleitet und koordiniert.

Die Zusammenarbeit im Rahmen von KKV – Kommunikation bei Krisen- und Katastrophensituationen in Vorarlberg – wurde fortgesetzt. Eine Besichtigung der neuen Sicherheitseinrichtungen im Arlberg-Straßen- und Eisenbahntunnel durch die KKV-Mitglieder (Öffentlichkeitsarbeiter der Blaulichtorganisationen, der Gemeinden und des Landes) wurde organisiert und durchgeführt.

### Internet:

In Zusammenarbeit mit den Webbeauftragten der Dienststellen sowie der Servicestelle für Text- und Bildgestaltung wurden der Web-Auftritt des Landes Vorarlberg ([www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)), die Homepage des Landeshauptmannes ([www.vorarlberg.at/lh](http://www.vorarlberg.at/lh)) und der Landespresse-Server ([www.vorarlberg.at/presse](http://www.vorarlberg.at/presse)) weiter entwickelt und ausgebaut. Die Suchfunktionen auf dem Landespresse-Server wurden gemeinsam mit der Informatik-Abteilung deutlich verbessert.

### Audio:

50 Rundfunksendungen mit dem Landeshauptmann wurden digital produziert und sendefertig an die Medien verschickt. Die Sendungen wurden dem ORF Vorarlberg und der Antenne Vorarlberg zur Verfügung gestellt. Weiters wurden alle Pressefoyers und Pressekonferenzen im Landhaus live abgemischt und direkt dem ORF Vorarlberg in dessen Regieraum im Landtagstrakt übermittelt.

Alle öffentlichen Landtagssitzungen wurden digital aufgezeichnet. Dadurch sind bei Bedarf Zugriffe auf Aufzeichnungen schneller und besser möglich. Zudem wurden die Landtags-Aufzeichnungen auch auf Harddisc gespeichert. Dies ermöglicht eine einfachere Archivierung.

Zu insgesamt 62 VLKs wurden sendefertig geschnittene Hörfunk-Beiträge aus 20 Pressekonferenzen und 42 Pressefoyers über den APA-O-Ton-Service angeboten. Diese Original-Töne wurden auch in Form von Audio-Streams auf der LH-Homepage, dem Presseserver und bei Vorarlberg Online verlinkt.

### Video:

Auf einer eigens für das Land eingerichteten Video-Plattform wurden alle Pressekonferenz-Statements (von Pressekonferenzen im Pressefoyer des Landhauses) zugänglich gemacht. Diese Plattform wurde gleichzeitig adaptiert und auf den neuesten Stand gebracht.

Die Enquete des Vorarlberger Landtags „Ja zum Schutz des Lebens“ wurde aufgezeichnet und live im Internet übertragen.

Zur Bewerbung des Jugendfilmwettbewerbs „MOVEaround“ der Internationalen Bodenseekonferenz IBK wurde ein Trailer produziert. Zu den IBK-Veranstaltungen 10 Jahre Internationale Bodensee-Hochschule in Kreuzlingen, Verleihung Kulturpreise in Feldkirch, Gesundheitssymposium in Bregenz und zur Regierungschefkonferenz in Mellau wurden Videoberichte verfasst. Weitere Videoberichte wurden im Rahmen der Katastrophenschutzübung im Arlbergtunnel und bei der Alpekkursion der Landesregierung produziert.

Zu einzelnen Meldungen des VLK-Wochenspiegels wurden ebenfalls Videoberichte verfasst. Für die Internetplattform „Bildungsland“ wurden Statements von Landesrat Mag. Siegi Stermer produziert.

**Foto:**

Die Digitalisierung des analogen Bildarchivs (Negative, Dias) im Fotoarchiv VOBIX wurde fortgesetzt. Aktuelle Fotos werden laufend in das Fotoarchiv VOBIX eingespeist. Sämtliche Fotos, die die freien Fotografen der Landespressestelle in Form einer Foto-CD übermittelt haben, wurden in ein elektronisches Archiv übernommen. Bei Veranstaltungen am Abend, am Wochenende oder auch außerhalb des Landhauses laden die von der Landespressestelle eingesetzten Fotografen die aktuellen Fotos jeweils sofort auf den Landespresseserver [www.vorarlberg.at/presse](http://www.vorarlberg.at/presse), von wo die Bilder in Druckqualität downloadbar sind und dadurch den Redaktionen deutlich schneller zur Verfügung stehen.

**Dokumentation:**

Die Vorarlberg-relevanten Medien wurden laufend beobachtet und ausgewertet. Die Mitglieder der Landesregierung, die Abteilungen des Amtes der Vorarlberger Landesregierung und die nachgeordneten Dienststellen wurden bedient mit APA-Meldungen und Ausschnitten aus 14 Vorarlberger Wochenzeitungen, 17 österreichischen und 22 internationalen Tageszeitungen, 25 Wochenzeitschriften bzw. Magazinen sowie 51 Fachpublikationen und Monatsmagazinen.

Die Medienpräsenz des Landes Vorarlberg wurde aktuell ausgewertet. Die täglichen Lokalnachrichten im Hörfunkprogramm Radio Vorarlberg und bei Antenne Vorarlberg sowie die ORF-Fernsehsendung „Vorarlberg heute“ wurden aufgezeichnet und ausgewertet. 100 Meldungen und Programmbeiträge des ORF Landesstudios Vorarlberg wurden nach Anforderung abgeschrieben.

Für die Initiative „Energiezukunft Vorarlberg“ wurde wöchentlich eine Presseauswertung zu definierten Schlagworten erstellt.

**Amtsblatt:**

Das Amtsblatt für das Land Vorarlberg ist in 52 Ausgaben in einer Auflage von 1.400 Stück erschienen, wovon 1.095 entgeltlich abgegeben wurden.

**Internationale Zusammenarbeit:**

An der Öffentlichkeitsarbeit der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) und der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) wurde mitgewirkt. Ein Schwerpunkt lag bei der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), da Vorarlberg im Jahr 2010 den Vorsitz führte. Sämtliche IBK-Veranstaltungen in Vorarlberg wurden medial begleitet. Unter dem Titel „MOVEaround“ wurde im IBK-Raum ein Jugendfilmwettbewerb durchgeführt. Die Landespressestelle hat diesen Wettbewerb mit der Geschäftsstelle der IBK organisiert und gemeinsam mit den Pressestellen der Mitgliedsregionen durchgeführt. Die Preise gingen an junge Teams aus Baden-Württemberg, Vorarlberg und Schaffhausen und wurden bei der IBK-Regierungschefs-konferenz im Dezember in Mellau übergeben.

**9. Büro für Zukunftsfragen:**

Das Büro für Zukunftsfragen (ZuB) hat den Auftrag, bürgerschaftliches Engagement, Sozialkapital und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Zur Erfüllung dieses Auftrages verschafft sich das ZuB in diesen drei Bereichen einen Überblick über Situation und Entwicklung, erhebt den Bedarf bei den wichtigsten Akteuren, legt gemeinsam mit Partnern Schwerpunkte und Umsetzungsstrategien fest, initiiert und fördert die Realisierung von konkreten Maßnahmen, evaluiert deren Wirksamkeit und dokumentiert Zusammenhänge sowie Ergebnisse.

In der jährlich erscheinenden Leistungsbilanz sowie im vierteljährlichen Print-Newsletter wird über Aufgaben und Leistungen des ZuB berichtet. Zusätzlich wurden im vergangenen Jahr in 32 geschäftsfeldübergreifenden Vorträgen zur Institution sowie zu Querschnittsthemen rund 1.750 Interessierte erreicht.

## Präsidium

### Geschäftsfeld: Bürgerschaftliches Engagement (BE)

Als zentrale Koordinationsstelle und Impulsgeber für BE in Vorarlberg konzipierte bzw. konsolidierte das ZuB die folgenden Projekte:

Das ZuB betreut die Ehrenamts hotline als direkte Anlaufstelle für sämtliche Fragen in Zusammenhang mit Freiwilligenarbeit und wickelt die Förderansuchen von Erwachsenenbildnern und Institutionen ab, welche Weiterbildung für freiwillig Engagierte anbieten. Unterstützung zur Stärkung der persönlichen Fähigkeiten und des Fachwissens erhalten Engagierte auch durch das Weiterbildungsprogramm der „Vorarlberg-Akademie“. 2010 erschien die bereits siebte Auflage des Bildungsangebots in den Sparten Freiwilliges Engagement, Frauen und Gleichstellung, Kinder/Jugend/Familie, Sport und Zuwanderung/Integration. Insgesamt 37 verschiedene Kurse, Seminare und Vernetzungsveranstaltungen wurden im Frühjahrsprogramm angeboten. Für erfolgreich abgeschlossene Kurse in der Sparte „Freiwilliges Engagement“ wurden über 150 Zertifikate an freiwillig Engagierte verliehen.

Eine Präsentationsplattform für engagierte Jugendliche bietet die Kampagne „Jugend vor den Vorhang“. Neun Projekte von 207 Jugendlichen wurden bei öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt, mit dem „Jugend-Bravo“ ausgezeichnet und in Kooperation mit dem Medienpartner (Wann&Wo) bzw. im Internet präsentiert. Die Jugendlichen, die im vergangenen Jahr ihre Projekte vorstellten, wurden zur „CrossCulture-Night“ eingeladen.

Zur Vernetzung der freiwillig Engagierten im Land organisierte das ZuB unter dem Titel „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ eine Veranstaltung, die sich den Anforderungen an das Freiwilligenmanagement auf Gemeindeebene widmete. Rund 50 interessierte Funktionärinnen und Funktionäre von Vereinen und Verbänden sowie Vertreterinnen und Vertreter von Land und Gemeinden folgten der Einladung. Darüber hinaus beschäftigte sich das ZuB im Zuge von Fachveranstaltungen, Vernetzungstreffen und in Auftrag gegebenen Studien mit dem Aspekt der Koordination und Vermittlung von freiwillig Engagierten. Zu diesem Zweck unterstützt das ZuB auch die Internetplattform [www.vereinstreff.at](http://www.vereinstreff.at). Der internationalen Vernetzung diente die Konferenz „Grenzen-Los!“, an deren Organisation sich das ZuB im Rahmen des „Europäischen Netzwerks Freiwilliges Engagement“ konzeptiv beteiligte. Die Konferenz fand mit rund 150 Teilnehmenden (davon ca. 20 aus Vorarlberg) im Oktober in Rüslikon/Zürich statt. Im Herbst starteten bereits die Vorbereitungen für die nächste Vernetzungskonferenz, die im November 2011 in Dornbirn stattfinden wird.

Anlässlich des „Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011“ wurde vom ZuB eine vorbereitende Open-Space-Veranstaltung organisiert. Gemeinsam mit ca. 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Freiwilligenbereich wurden verschiedenste Schwerpunkte für dieses Jahr entwickelt.

Ebenfalls im Herbst wurden die Ergebnisse einer Studie der Fachhochschule Vorarlberg zum Engagement und sozialen Kapital der Vorarlberger Bevölkerung präsentiert. Die vom ZuB in Auftrag gegebene Erhebung dient als Grundlage für ein zukünftiges systematisches und regelmäßiges Monitoring.

Das ZuB verfolgt darüber hinaus das Ziel, Bürgerbeteiligung in Vorarlberg durch gezielte Impulse zu stärken. Aus diesem Grund wurde das „Handbuch Bürgerbeteiligung für Land und Gemeinden“ gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern sowie Expertinnen und Experten erarbeitet. Dieser im Frühjahr veröffentlichte Praxisleitfaden erfuhr beachtliche Nachfrage und Resonanz. Die 2.500 Stück umfassende erste Auflage war rasch vergriffen. Weiters wurde in Kooperation mit der Verwaltungsakademie ein Seminar zum Thema „Bürgerbeteiligung“ angeboten. Dieses Angebot wurde von zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Vorarlberger Gemeinden angenommen. Zusätzlich konnten bei acht Vorträgen und Workshops zum Thema rund 360 Menschen erreicht werden.

### Geschäftsfeld: Sozialkapital

Sozialkapital stellt für das ZuB das Bindeglied zwischen persönlichem Engagement und nachhaltiger Entwicklung dar. Die Motivation zu sozialem Miteinander und Erhebungen des Sozialkapitals in Vorarlberg spielen daher eine wichtige Rolle in der Arbeit des ZuB.

Eine zentrale Funktion nimmt dabei die Bewusstseinsbildung ein. So konnten in 26 Impulsvorträgen über 1.700 Interessierte erreicht und über die Bedeutung des Sozialkapitals informiert werden (u. a. beim „Forum Alpbach“). Auch Stu-

dierende wurden bei der Erstellung von wissenschaftlichen Arbeiten zum Fachbereich „Sozialkapital“ unterstützt. Eine weitere bewusstseinsbildende Maßnahme stellt die Veröffentlichung der Informationsbroschüre „Eine kleine Einführung ins Thema Sozialkapital“ dar sowie die Entwicklung des „Sozialkapital-Checks“ zur Prüfung der Sozialkapitalrelevanz von Projekten.

Zur Sensibilisierung und Weiterbildung von Führungskräften aus Wirtschaft und Sozialeinrichtungen wurde das Programm „Brückenschlag“ fortgeführt, das bisher rund 80 Absolventinnen und Absolventen zählt. Im vergangenen Jahr wurden neun Einsätze absolviert, fünf weitere sind für das Jahr 2011 geplant. Im Mai fand die Verleihung der Zertifikate an über 20 Absolventinnen und Absolventen von Einsätzen der vergangenen zwei Jahre statt. Das Programm wird neben Vorarlberg in fünf weiteren Bundesländern nach dem Vorbild Vorarlbergs umgesetzt (Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten). Ein Transferworkshop und ein österreichweites Vernetzungstreffen haben in der Steiermark stattgefunden.

Um Jugendliche für die Bedeutung des Miteinanders zu sensibilisieren wurde das Schulprojekt „friends and more“ fortgesetzt und der vierte Bodensee-Jugendgipfel in Lindau zum Schwerpunkt Sozialkapital abgehalten. Die Ergebnisse aus dem Jugendgipfel wurden beim österreichweiten „Lokale Agenda(LA)21-Gipfel“ an der FH Vorarlberg im Herbst präsentiert. Die inhaltliche Konzeption und Organisation dieser grenzüberschreitenden Tagung mit dem Titel „Vom Luxus des Wir – Sozialkapital und Nachhaltigkeit“ lag beim ZuB in Kooperation mit der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) und dem Lebensministerium. An der Tagung nahmen über 200 interessierte Personen aus ganz Österreich teil. Im Anschluss an den LA21-Gipfel wurde das international besetzte „Social Capital World Forum“ an der FH Vorarlberg abgehalten.

#### Geschäftsfeld: Nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung

Das ZuB ist damit beauftragt, die Nachhaltigkeitsagenden des Landes Vorarlberg zu betreuen, zu koordinieren und mit dem Bund abzustimmen.

Die Vernetzung mit Akteuren auf unterschiedlichsten Ebenen nimmt in diesem Bereich eine zentrale Rolle ein. Das ZuB vertrat das Land Vorarlberg bei den „Österreichischen Nachhaltigkeitskoordinatoren“ (Bund/Länder-Konferenz), in der Arbeitsgruppe „Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie“, in der Unterarbeitsgruppe „Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien und Lokale Agenda21“ und im Akteursnetzwerk „Nachhaltiges Österreich“. Darüber hinaus war das ZuB in der verwaltungsinternen „Arbeitsgruppe Gemeindeentwicklung“ vertreten, bei der neben Förderansuchen auch an der Entwicklung von Richtlinien zur Förderung nachhaltiger Gemeinde- und Regionalentwicklung gearbeitet wurde. In den Steuerungsgruppen „Bodensee Agenda21“ (BA21) und „INTERREG IV“ wurden grenzüberschreitende Nachhaltigkeitsagenden behandelt. Die Aufgaben der regionalen Anlaufstelle der BA21 wurden an die gGmbH Kairos übertragen. Das ZuB war weiters in der Projektgruppe für das Vorsitzjahr und zur Implementierung von Nachhaltigkeit auf Führungsebene der IBK vertreten. Förderungen für Kleinprojekte im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ und „Naturerlebniswochen“ (für 893 Kinder) wurden vom ZuB gemeinsam mit dem Naturschutzfond vergeben. Zusammen mit der Abteilung Umweltschutz (IVe) wurde die Landesförderung des Biosphärenparks (BSP) Großes Walsertal abgewickelt. Das ZuB ist außerdem im Kuratorium des BSP vertreten und unterstützt diesen in der strategischen Planung und Qualitätssicherung. Ebenfalls Unterstützung in der strategischen Planung erhielt die Steuerungsgruppe des Projekts „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“. Das ZuB leistete außerdem einen Beitrag zur Umsetzung von zwei Veranstaltungen und begleitet auch koordinierend den Gesamtprozess.

Kommunale Nachhaltigkeitsprozesse werden im Zuge der LA21 analysiert und unterstützt. Im vergangenen Jahr wurde diesbezüglich die Anwendung des Nachhaltigkeitsinstruments „Projekt-Check“ und eine Weiterentwicklung des Projekts „Leuchttürme“ vorangetrieben. Zur Abstimmung von LA21-Prozessen übernahm das ZuB die koordinierende Funktion der 15 Vorarlberger Nachhaltigkeits-Partnerinstitutionen und organisierte zwei Vernetzungsveranstaltungen. Mehrere Gemeinden wurden bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen beraten und die Gemeinde Langenegg bei der Bewerbung zum „Europäischen Dorferneuerungspreis 2010“ erfolgreich unterstützt (Gewinnerin in der Kategorie

## Präsidium

„Neue Energie für ein starkes Miteinander“). Das Programm „zämma leaba“ unterstützt Gemeinden ebenfalls bei der Initiierung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen. Die teilnehmenden Gemeinden wurden – wie im Konzept vorgesehen – in die eigenverantwortliche Steuerung „entlassen“ und die intensive Betreuung durch das ZuB reduziert. Auf Anfrage erhielten einzelne Gemeinden weiterhin Unterstützung durch Reflexionsworkshops. Das Gemeindeprogramm wurde außerdem beim Studiengang „Soziale Arbeit“ an der FH Vorarlberg vorgestellt.

Internationale Nachhaltigkeitsagenden werden durch den „Global Marshall Plan“ verfolgt. 2006 beschloss der Vorarlberger Landtag einstimmig diesen zu unterstützen. Das ZuB initiierte daraufhin ein Akteursnetzwerk mit dem Ziel den „Global Marshall Plan“ bekannt zu machen, den Austausch zwischen Vorarlberger Akteuren zu intensivieren und konkrete Projekte zu fördern. Im vergangenen Jahr wurden diesbezüglich drei Projekte gefördert.

Bürgerbeteiligung ist ein zentraler Aspekt einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung. Im vergangenen Jahr wurden aus diesem Grund vier „BürgerInnen-Räte“ begleitet und erstmalig eine Anwendung mit Jugendlichen organisiert und umgesetzt. Das in Zusammenarbeit mit dem Lebensministerium gestartete Forschungsprojekt „BürgerInnen-Rat“ ist österreichweit angelegt und untersucht die Chancen und Grenzen des Beteiligungsverfahrens. Gemeinsam mit dem „European Institute for Public Participation“ und der gGmbH Kairos wurde dazu ein Evaluationsinstrument entwickelt und angewandt. Weiters wurden rund 40 Moderatorinnen und Moderatoren in „Dynamic Facilitation“ – der grundlegenden Moderationsmethode des „BürgerInnen-Rats“ – ausgebildet.

Zur Information und Bewusstseinsbildung wurden im Geschäftsfeld „Nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung“ zwei Vorträge für rund 100 Personen gehalten. Im Laufe des Jahres wurden die drei Geschäftsfelder des ZuB von externen Partnerinnen und Partnern anhand von Kriterien der Nachhaltigkeit und Verwaltungsentwicklung bewertet.

## 10. Informatik-Organisation:

Steuerung und Strategie:

- Strategische Informationssystemplanung (SISP):

Für die bedarfsorientierte Anpassung erfolgt eine jährliche Überarbeitung der SISP. Eine grundlegende Überarbeitung der SISP erfolgt alle fünf Jahre. Die derzeit vorliegende SISP III hat eine Gültigkeit von 2006 bis 2010 mit Betrachtungszeitraum 2013.

Wichtige bereits erledigte Maßnahmen der SISP III sind die Neupositionierung und Umstrukturierung der Vorarlberger Informatik- und Telekommunikationsdienstleistungsgesellschaft mbH (VTG), die Reorganisation der Landesinformatik mit Stärkung der Strategie- und Organisationskompetenz in der Abteilung Informatik (Prsl), die Einführung von Anwendungen wie Multiprojektmanagement, Digitale Mediathek I, Wasserwirtschaft Förderungen, neues Zutrittssystem, Pilot Facility Management, Wohnbeihilfe, Jagdverwaltung, Cash Management, GEWANIS, EU-Dienstleistungsrichtlinie und Windows XP Einführung.

Weiters wurde die Dienststellenvernetzung modernisiert, die Telekommunikationsinfrastruktur zentral auf Voice over IP umgestellt und die Netzwerkinfrastruktur der Landesschulen erneuert.

Zur Synergiefindung und Koordination der IKT-Infrastrukturstrategie wurde 2007 ein IKT-Board mit der Gemeindefinformatik (GI), der Krankenhausbetriebsgesellschaft (KHBG), der Fachhochschule Dornbirn, der Illwerke/VKW-Gruppe und der Landesinformatik unter der Leitung des IT-Koordinators des Landes etabliert. Wichtige Synergieprojekte sind die Duale Zustellung im Corporate Network Vorarlberg (CNV), Aufbau eines Notfallrechenzentrums, Mobile Arbeitsplätze, Sicherheitsklasse 3 im Portalverbund, ein zentrales Backupsystem, die Ausschreibung eines neuen zentralen Storage-Systems und eines Web-Contentfilters.

Die strategische Zusammenarbeit mit den Gemeinden bei der Entwicklung von Informationssystemen wurde weiter ausgebaut. Schwerpunkte dabei waren u. a. das Projekt GIS-Vorarlberg zur gemeinsamen Weiterentwicklung und Nutzung von Geoinformationen, Ausschreibung eines Dokumentenmanagement Systems (DMS), die Umsetzung

eines schnelleren Zugangs der Gemeinden in das Corporate Network Vorarlberg und die Vorarlberger Portalverbandsstrategie.

Wichtige laufende Aktivitäten der SISP III sind die Entwicklung von Landesapplikationen wie Wohnbauförderung, Soziale Verfahren Automatisiert, Data Warehouse, sowie im IKT-Infrastrukturbereich die regelmäßige Verbesserung Netzwerk- und Telekommunikationsinfrastruktur, insbesondere der Gebäude-Verkabelungsinfrastruktur. Weiters wurden die Informationssicherheitspolitik, Prozessmanagement und IT-Architekturmanagement eingeführt.

– Kostenträgerrechnung:

Die Kostenträgerrechnung in der Abteilung Informatik (Prsl) wurde weiter geführt. Es wurden die Vollkosten der bedeutendsten End- und Vorprodukte ermittelt (14 Endprodukte und neun Vorprodukte).

– Leistungsvereinbarung:

Zum fünften Mal wurde für das kommende Kalenderjahr über die zu erbringenden Leistungen der Abteilung Informatik (Prsl), einschließlich der erforderlichen Ressourcen, eine Leistungsvereinbarung geschlossen. Jeweils zum Halbjahr wurde über den Soll- und Ist-Stand der Leistungen berichtet.

– Datenschutz:

Diverse Anfragen zum Thema Datenschutz wurden gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Landesdienststellen sowie sonstigen Stellen wie Vereine, beantwortet. Darüber hinaus wurden in mehreren Fällen Beratungs-, Informations- und Hilfeleistungen sowie Stellungnahmen zu Datenschutz und -sicherheit erbracht. Laufende Tätigkeiten mit dem Vollzug des Datenschutzgesetzes 2000 und des Landes-Datenschutzgesetzes ergaben sich insbesondere durch das Registrieren der Datenanwendungen des Auftraggebers Amt der Vorarlberger Landesregierung, beim Unterstützen des Registrierens anderer Auftraggeber samt Hilfestellungen bei Datensicherheitsmaßnahmen sowie durch Informationsleistungen zum Datenschutz.

Beratung und Organisation:

– Prozessmanagement:

Das Konzept zur Einführung von Prozessmanagement in der Vorarlberger Landesverwaltung wurde im Rahmen diverser Veranstaltungen (z. B. Seminare, Workshops) vermittelt. Dieses Konzept hat zum Ziel, eine Gesamtsicht auf das „Unternehmen“ Land (z. B. Einordnung der Prozesse in eine abteilungsunabhängige Prozesshierarchie) zu fördern, Schnittstellenprobleme zu reduzieren, Synergien durch organisationsübergreifende Datenverwendung zu erreichen, die Führungskräfte in ihren Leistungsvereinbarungen (V aufkurs) zu unterstützen und die Qualität von neuen IT-Anwendungen zu sichern. Prozessanalysen wurden im Bauwesen (Hochbau, Straßenbau, Wasserwirtschaft), im Sozialbereich und im Kulturbereich durchgeführt.

– Demand Management:

Das Demand Management ist als Geschäftsprozess in der Abteilung Informatik (Prsl) etabliert worden. Die Aufgaben im IT-Management und IT-Betrieb bezüglich der zentralen, koordinierten Aufnahme, Bündelung, Bewertung und fachlichen Umsetzung von Geschäftsanforderungen (business requirements) sowie deren Umsetzung in einem Informationssystem (Informatik), der IT Strategie oder der IT-Architektur laufen nun koordiniert über das Demand Management. Insgesamt wurden 30 Demands abgearbeitet. Die Anforderungen hatten meist Kollaborations- und Kooperationsunterstützungen zu externen Partnern oder internes Wissensmanagement zum Inhalt.

Im Rahmen des Demand Management wurden auch Beratungsleistungen für externe Organisationen erbracht. In Zusammenarbeit mit der Hauskrankenpflege Vorarlberg wurde ein Lastenheft zur Einführung einer modernen Anwendung für die Pflegedokumentation, die Einsatzplanung, die Leistungserfassung, die Auswertungen, die Pflegebeitragsberechnung und die Vereinsverwaltung erarbeitet.

– Kundenkontaktmanagement:

Ab Jahresmitte wurde mit der Einführung des Kundenkontaktmanagement in der Abteilung Informatik (Prsl) begonnen. Darunter ist die regelmäßige, seitens der Abteilung Informatik (Prsl) aktiv betriebene Informationsvermittlung

## Präsidium

und Beratung der Führungskräfte der Abteilungen und Dienststellen zur Ablauforganisation und zu IT-Agenden zu verstehen. Der Schwerpunkt lag zunächst in der Definition und Etablierung des Kundenkontaktmanagement als Geschäftsprozess in der Abteilung Informatik (Prsl). Bis Jahresende wurden mit zehn Abteilungen und Dienststellen Beratungsgespräche durchgeführt.

### – E-Government:

Die Duale Zustellung (Versand der Ausgangsschreiben über elektronische Zustelldienste oder über Ausdrücke mit herkömmlicher physischer Zustellung) wurde in den Abteilungen Strafsachen der Bezirkshauptmannschaften (Lenkererhebungen, Strafverfügungen, Rückscheine Ausland) und Wohnbauförderung (Wohnbeihilfe, Förderungen) weiter ausgebaut.

Zusätzlich wurden viele Beratungsleistungen im Zuge von Projekten oder sonstiger Arbeitsgruppen erbracht. Besonders zu erwähnen sind die Einführung der Amtssignatur oder die Überlegungen zur Gestaltung einer neuen Homepage für die Vorarlberger Landesbibliothek.

### Anwendungen und Services:

#### – Projekte und Anwendungen:

- Vorarlberger Kommunikations- und Informationssystem (VOKIS):

Das seit dem Jahre 2002 in der Landesverwaltung etablierte System VOKIS unterstützt alle administrativen Vorgänge im Zusammenhang mit der Aktenverwaltung und dem Dokumentenmanagement. Die Abteilung Informatik (Prsl) ist den Abteilungen und Dienststellen beim Einsatz des Systems in organisatorischer und technischer Hinsicht behilflich. Es sind insgesamt 76 Teilnehmende mit einem Gesamtaufwand von fast 500 Stunden in VOKIS eingeschult worden.

Das System konnte im Jahre 2010 weiterhin sehr stabil betrieben werden. Dies beweist, dass hinsichtlich der System- und Ausfallsicherheit ein äußerst hoher Standard erreicht werden konnte. Im Berichtsjahr waren ein Release sowie die Amtssignatur umzusetzen.

- Landesrechnungswesen (VBK):

In der VBK wurden die Module Zahlungsverkehr, Mahnwesen, Jobverwaltung und die VBK-Verarbeitungsschicht (Transaktionsserver) in der strategischen Entwicklungsumgebung .NET realisiert. Der Zahlungsverkehr unterstützt nun die neuen europäischen Zahlungsverkehrsformate SEPA und MT940. Das neue Mahnmodul unterstützt auch das Mahnwesen im Bereich der Zinsdarlehen. Die Jobverwaltung ermöglicht zeitgesteuerte, asynchrone Verarbeitungsläufe.

- Vorarlberger Portalverbund (VPV):

Im Jahr 2010 wurden weitere Anwendungen im VPV bereitgestellt. Zum Jahresende waren 65 Anwendungen über den Portalverbund zugänglich. Die Entwicklung eines externen Portals wurde umgesetzt und kommt erstmals beim Roll-Out von SOVA (Soziale Verfahren automatisiert) zum Tragen.

- Vorarlberger Wohnbauförderung (VWF):

Die Abwicklung der Wohnbauförderungsdarlehen in der neuen technischen Plattform .NET wurde mit 15.11.2010 erfolgreich in Betrieb genommen. Damit wurde die Altanwendung abgelöst und die buchhalterische Abwicklung komplett über Schnittstellen mit dem Landesrechnungswesen gekoppelt.

- VIPAS:

Die Portierung der Anwendung auf .NET-Basis wurde in Auftrag gegeben.

- Daten Management System (DMS):

In der gemeinsam mit den Vorarlberger Gemeinden gestarteten EU-weiten Ausschreibung „Geschäftsfallbearbeitung mit DMS“ wurde das Pilotprojekt bei sieben Pilotgemeinden umgesetzt. Im Zuge dessen erfolgte die Schaffung eines zentralen Dienstes zu ZMR-Abfragen aus Fachanwendungen.

- **Amtsblatt:**  
Die neue .NET-Anwendung Amtsblatt unterstützt die Verwaltung der Amtsblattabonnenten. Gleichzeitig wurde die bestehende Access-Anwendung abgelöst.
  - **Musikschulförderung:**  
Die Ablöse der bestehenden Access-Anwendung als .NET-Anwendung wurde durchgeführt.
  - **Zivildiensteinrichtungendatenbank:**  
Die neue Anwendung Zivildiensteinrichtungendatenbank wurde als .NET-Anwendung umgesetzt.
  - **e-Suchtmittel:**  
Die bestehende Substitutionsdatenbank wurde als .NET-Anwendung abgelöst und funktionell erweitert. Die Anbindung an das Bundesregister des Bundesministeriums für Gesundheit befindet sich in Umsetzung.
  - **Tourismusstatistik:**  
Die Tourismusstatistik wurde in der Entwicklungsumgebung .NET unter Berücksichtigung aktueller Anforderungen neu entwickelt. Durch die moderne Architektur kann das Berichtswesen nun flexibel auf Basis aktueller Auswertungsbedürfnisse selbständig vom Endbenutzer der Anwendung definiert und gestaltet werden.
  - **Medienserver II:**  
Es wurde das Lastenheft erstellt.
  - **Data-Warehouse (DWH):**  
Um das Berichtswesen zu unterstützen wurde 2009 das Projekt Data-Warehouse gestartet. Im Berichtsjahr erfolgte die Evaluierung und Produktentscheidung einer diesbezüglichen Software-Unterstützung.
- **Betrieb und Wartung von Anwendungen:**
- **Gewerbe- und Anlageninformationssystem – GEWANIS:**  
Im Herbst 2010 wurden die WEB-Formulare zur Gewerbeanmeldung (das landeseigene sowie jenes der Wirtschaftskammer) direkt an die Anwendung GEWANIS eingebunden. Somit entfällt eine doppelte Datenerfassung.
  - **Informationssystem Sozialverwaltung 2 (ISSO2):**  
Das System läuft seit der Inbetriebnahme stabil und weist eine hohe Verfügbarkeit auf. Somit sind lediglich allgemeinen Wartungs- und Weiterentwicklungsaktivitäten zu leisten. Im Berichtsjahr wurde die EDV-technische Unterstützung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in ISSO2 umgesetzt. Neben der Berechnung der Mindestsicherung wurden auch Schnittstellen zum Arbeitsmarktservice (AMS), zum Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und zum Dienstgebermeldeprogramm ELDA umgesetzt.
  - **Wildschadenkontrollsystem (WSKS):**  
Die bestehende Fabasoft-Anwendung wurde abgelöst und in der Jagdverwaltung integriert.
  - **Soziale Verfahren – automatisiert (SOVA):**  
Es erfolgte die Abnahme der Softwarelösung. Die Einrichtungen der so genannten niederschweligen Dienste wurden entsprechend informiert und beraten.
  - **Analyse Schulverwaltungssysteme:**  
Die IT-Systeme zur Verwaltung der acht Landesberufsschulen und des Bäuerlichen Schul- und Bildungszentrums wurden analysiert und dokumentiert.
- Neben den aufgeführten Anwendungen wurden weitere rund 50 Anwendungen des Landes und des Bundes betrieben, betreut und gewartet. Für die Bundesanwendungen Zentrales Melderegister, Grundstücksdatenbank, Betreuungsinformationssystem für Asylanten, Führerscheinregister, EKIS und Firmenbuch wurde die Benutzerverwaltung durchgeführt.

## Präsidium

### Infrastruktur:

Die Betriebsführung der zentralen IKT-Infrastruktur (Server, Netzwerk, Telekommunikationseinrichtungen, Security etc.) wird seit 2007 basierend auf Service Level Agreements (SLA) durch den strategischen Partner VTG durchgeführt. Diese Vorgangsweise hat sich auch im Jahr 2010 bestens bewährt. Basis dafür bildet der Betriebsführungsvertrag zwischen dem Land Vorarlberg und der VTG.

#### – Betrieb und Support:

- Seit Ende 2008 sind alle zentralen IKT-Systeme (Server, Netzwerkkomponenten, Firewalls, Datenspeicher etc.) der Landesverwaltung, der Landesschulen und des CNV (Corporate Network Vorarlberg) in die SLA-konforme Betriebsführung integriert.
- Insgesamt konnte im Jahr 2010 ein weitgehend störungsfreier und sicherer Betrieb der zentralen IKT-Systeme erzielt werden.

#### – Projekte und sonstige Maßnahmen:

- Planung und Anschaffung eines zentralen Alarmserver für das Land Vorarlberg (Beginn 2010 – Ende 2011).
- Planung, Anschaffung und Anschaltung vom Schulheim Mäder an den zentralen Callserver (IP Telefonanlage) vom Land Vorarlberg im Zuge des Umbaues bzw. Zubaues (Beginn 2009 – Ende 2010).
- Planung, Anschaffung und Anschaltung vom Umweltinstitut an den zentralen Callserver (IP Telefonanlage) vom Land Vorarlberg im Zuge des Umbaues (Beginn 2009 – Ende 2011).
- Planung, Anschaffung und Anschaltung der Landesbibliothek an den zentralen Callserver (IP Telefonanlage) vom Land Vorarlberg im Zuge des Umbaues (Beginn 2010 – Ende 2011).
- Migration der Citrix – Serverfarm auf eine aktuelle Citrixversion und eine neue Serverhardware. Umstellung aller Citrix-Clients und Anpassung an die neue Konfiguration.
- 2010 wurde mit der Umsetzung des Druckerkonzeptes begonnen. Dieser Prozess wird bis zum Jahr 2012 dauern.
- Umtausch von rund 500 PCs in der Landesverwaltung und über 1.000 PCs in den Landesschulen. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle PCs getauscht, die vor dem Jahr 2007 angeschafft wurden. Somit wurde die Basis für die kommende Migration auf ein neues Clientbetriebssystem geschaffen.
- Umtausch von über 250 Handys im Rahmen des VEE – Projekts und Standardisierung der Handykonfiguration. Einführung einer Software zur Steuerung der Softwareinstallation auf den Handys.
- Erstellung einer Expositur der Landesschule-Jagdberg in Wolfurt, verbunden mit der Schaffung der dafür notwendigen Infrastruktur.
- Inbetriebnahme der Landesschule Jupident in den Domänenverbund inklusive aller internen Dienste.
- Standardisierung der Firewallinfrastruktur in den Landesschulen und Umstellung von den Cryptogates auf die neuen Fortigates.

## 11. Landesauszeichnungen 2010:

Auszeichnung	Männer	Frauen	Gesamt
Goldenes Ehrenzeichen	–	–	–
Silbernes Ehrenzeichen	6	1	7
Großes Verdienstzeichen	21	–	21
Verdienstzeichen	9	5	14
Ehrenzeichen für besondere Verdienste auf dem Gebiet der örtlichen Sicherheitspolizei	3	–	3
Ehrenzeichen für sportliche Leistungen in Gold	1	1	2

Ehrenzeichen für sportliche Leistungen in Silber	2	1	3
Ehrenzeichen für Verdienste um den Vorarlberger Sport in Gold	3	–	3
Ehrenzeichen für Verdienste um den Vorarlberger Sport in Silber	–	–	–
Feuerwehrehrenzeichen in Gold (50 Jahre)	67	–	67
Feuerwehrehrenzeichen in Silber (40 Jahre)	63	–	63
Feuerwehrehrenzeichen in Bronze (25 Jahre)	102	–	102

## 12. Repräsentationen:

Im Jänner fanden die traditionellen Neujahrsempfänge für das Konsularische Korps, die Medienvertreter, die Frauen und die Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik statt.

Anlässlich des IBK-Vorsitzes wurden verschiedene Veranstaltungen organisiert: die Sitzungen des Ständigen Ausschusses in Hohenems, Schruns und Feldkirch, das Strategiegelgespräch der Regierungschefs, die Überreichung der IBK-Förderpreise 2010 für Zeichnungen sowie die Regierungschefkonferenz in Mellau.

Einer guten Tradition folgend trafen sich zum jährlichen Arbeitsgespräch im März die Regierungen von Vorarlberg und St. Gallen in Bregenz.

Im Juni wurden die Vorarlberger Studierenden in Wien zur bereits 7. Auflage des Studentenfestes „West the best Fest“ ins Metropol eingeladen.

Zur Eröffnung der Bregenzer Festspiele im Juli durch den Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer kamen wieder zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland nach Bregenz.

Im Rahmen von Festakten am Landesfeiertag (19.3.) und Nationalfeiertag (26.10.) durfte die Vorarlberger Landesregierung verdienten Persönlichkeiten Landes- und Bundesauszeichnungen im Landhaus in Bregenz überreichen. Im April wurden im Rahmen eines Mittagessens Landesauszeichnungen an verdiente Bürgermeister und Alt-Bürgermeister in Lochau überreicht. Im Mai erfolgte die Feier mit Überreichung von Sportehrenzeichen des Landes an erfolgreiche Sportler und verdiente Sportfunktionäre.

Im Rahmen der Aktion „Ehrenamt“ wurde die laufende Veranstaltungsserie in den Bezirken mit Veranstaltungen für den Bezirk Dornbirn in Dornbirn und für den Bezirk Bregenz (ohne Bregenzerwald) in Lauterach abgeschlossen. Am Nationalfeiertag („Tag des Ehrenamtes“) fand im Sonnenbergsaal in Nüziders die Feier mit Würdigung von verdienten ehrenamtlichen Vereinsfunktionären statt.

Die Vorarlberger Landesregierung war auch wieder mit Veranstaltungen in Wien stark präsent: Im Jänner beim Ball der Vorarlberger in Wien im Palais Ferstel und einem Kulturtreff anlässlich der Ausstellung „Casa Nostra d’Alemannia“ in der Kunsthalle. Ein besonderer Höhepunkt war im April der Festabend anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums des Vereins der Vorarlberger in Wien im Festsaal des Wiener Rathauses.

Folgende in Wien akkreditierte Botschafter haben im vergangenen Jahr einen offiziellen Besuch bei Vertretern des Landes Vorarlberg abgestattet: aus Kanada, Kasachstan, Polen, USA, Türkei, Thailand, Albanien sowie aus Portugal.

Neben den erwähnten Anlässen wurden im vergangenen Jahr eine Reihe von Empfängen bei verschiedensten Veranstaltungen durchgeführt.

Die wichtigsten landesweiten Anlässe waren: Die traditionelle Einladung von Faschingsgruppen am Rosenmontag und Faschingsdienstag, die Eröffnung des neuen Kundenservice in der Bezirkshauptmannschaft Bludenz, die Präsentation des Vorarlberger Sportjahrbuches 2009 in Götzis, die Spatenstichfeier anlässlich der Erweiterung und Generalsanierung des Landeskrankenhauses Bludenz, die Vorarlberger AIDS-Gespräche 2010 in Bregenz, der Literatur-Tag des Wassers in Bregenz, der Empfang der Vorarlberger Teilnehmer an den Olympischen Winterspielen und den Paralympics Vancouver 2010 in Dornbirn, der Baubeginn des Neubaus des Vorarlberger Landesmuseums in Bregenz, das Abschlussfest „Familiengerechte Gemeinde: Präsentation der Projektgemeinden 2008-2010“ in Mäder, die Feier anlässlich der Kommandoübergabe im Militärkommando Vorarlberg in Bregenz, das Mittagessen mit neugewählten Bürgermeiste-

## Präsidium

rinnen und Bürgermeister in Bregenz, der Empfang nach dem Solisten-Orchesterkonzert des Landeskonservatoriums in Feldkirch, das Sommertreffen der Landesamtsdirektoren in Hittisau, die Eröffnung des Neu- und Erweiterungsbaues im Schulheim Mäder sowie die Eröffnung der L3 in Wolfurt nach Rückbaumaßnahmen.

Die wichtigsten bundesweiten Anlässe waren: Die Österreichischen Meisterschaften im Sportrodeln in Dornbirn, die Bundesmeisterschaft des Schülerliga Fußball Hallencups in Bregenz, der Bundestag 2010 der Österreichischen Wasserrettung in Feldkirch, die 8. Österreichweite Tagung der KIT-Organisationen in Lustenau, die Vorstandsklausur des Verbandes der österreichischen Zeitungen in Lech, die Frühjahrstagung der Österreichischen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie in Bregenz, die 10. Tagung „Landtechnik im Alpenraum“ in Feldkirch, die Bundesmeisterschaft Schülerliga Volleyball Mädchen in Mäder, der Kongress anlässlich der Generalversammlung des Austrian Convention Bureau in Bregenz, das Konzert der Preisträgerinnen und Preisträger des Bundeswettbewerbes Prima La Musica 2010 in Schwarzenberg, die Bundestagung des Österreichischen Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen in Dornbirn, die österreichweite Betriebsrätekonferenz der Sozialversicherungsträger in Bregenz, die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Berg- und Naturwachten in Feldkirch, das Landesjugendchöre-Festival 2010 in Dornbirn, die Bundesmeisterschaft im Schulgolf für Mädchen und Burschen in Rankweil, das Bundesseminar der Österreichischen Trachten- und Heimatverbände in Riefensberg sowie die Jahrestagung der Österreichischen Sektion der Internationalen Liga gegen Epilepsie in Bregenz.

Die wichtigsten internationalen Anlässe waren: Der 3. internationale Kongress „Gesundheitspiazza Bodensee“ in Bregenz, der VLOW-Creative Industries Kongress in Bregenz, das Internationale Hypo-Mehrkampf-Meeting in Götzis, die Europameisterschaft Match Race im Segeln 2010 in Hard, der Internationale Agrarjournalistenkongress in Dornbirn, die 3. Internationale Supervisionstagung „Womit wir zu tun haben werden“ in Bregenz, der Festakt „15 Jahre Pflege-Euregio Bodensee“ in Dornbirn, die EVOTE 2010 – 4. Internationale Konferenz zum Thema E-Voting in Bregenz, der 5-Länder-Kampf der Wettkampfschützen in Bregenz, das 10. Internationale Symposium über Neurobiologie und Neuroendokrinologie in Bregenz, der Internationale Workshop zur nachhaltigen Mobilität in Bregenz, der Aphrodite Worldcup 2010 im Segeln in Bregenz, die 27. Weltmeisterschaft der Berufskraftfahrer in Rankweil, die Internationale Fachtagung Kinder kranker Eltern in Bregenz, das 6. Norman Douglas-Symposium in Bregenz, die 19. Internationale Bodenseetagung für Ingenieurgeologie 2010 in Bregenz, die 4. IBK-Fachtagung „Gesundheitsförderung“ in Bregenz sowie das FIS Snowboard Cross Weltcuprennen in Lech.

## 13. Führungen:

Im Rahmen der Aktion „Landhaus live!“ fanden insgesamt 124 geschlossene Führungen mit 2.972 Personen durch das Landhaus statt.

## 14. Unabhängiger Verwaltungssenat:

Die verfassungsrechtlichen Regelungen über die unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern (UVS) befinden sich in den Art. 129ff des Bundes-Verfassungsgesetzes. Das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat, LGBl. Nr. 34/1990, in der Fassung LGBl. Nr. 36/2009, regelt die Einrichtung und Organisation des Unabhängigen Verwaltungssenates des Landes Vorarlberg. Das Verfahren vor den unabhängigen Verwaltungssenaten ist im Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 und im Verwaltungsstrafgesetz 1991 geregelt.

Gemäß Art. 129a Abs. 1 B-VG erkennen die unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern nach Erschöpfung des administrativen Instanzenzuges, sofern ein solcher in Betracht kommt,

1. in Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen, ausgenommen Finanzstrafsachen des Bundes,

2. über Beschwerden von Personen, die behaupten, durch die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt in ihren Rechten verletzt zu sein, ausgenommen in Finanzstrafsachen des Bundes,
3. in sonstigen Angelegenheiten, die ihnen durch die einzelnen Gebiete der Verwaltung regelnden Bundes- oder Landesgesetze zugewiesen werden,
4. über Beschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht in Angelegenheiten der Z. 1, soweit es sich um Privatanklagesachen oder um das landesgesetzliche Abgabenstrafrecht handelt, und der Z. 3.

Als „sonstige Angelegenheiten“ im Sinne der obigen Z. 3 des Art. 129a Abs. 1 B-VG wurden seit Einrichtung der unabhängigen Verwaltungssenate Zuständigkeiten zur Entscheidung über Rechtsmittel (Berufungen, Beschwerden, Anträge) in folgenden Gesetzen übertragen:

a) Bundesgesetze (alle UVS in den Ländern)

- Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (§ 38 Abs. 8)
- Apothekengesetz (§ 45 Abs. 2 und 3)
- Ärztegesetz 1998 (§§ 13a, 35a und 39 Abs. 3)
- Bankwesengesetz (§ 41 Abs. 3)
- Behinderteneinstellungsgesetz (§ 19a Abs. 2a)
- Biozid-Produkte-Gesetz (§§ 35 bis 39)
- Börsegesetz 1989 (§ 25 Abs. 7)
- Bundes-Umwelthaftungsgesetz (§ 13 Abs. 1)
- Chemikaliengesetz 1996 (§§ 61 Abs. 5 und 67 Abs. 6)
- Epidemiegesetz 1950 (§ 43 Abs. 5)
- Forstgesetz 1975 (§ 170 Abs. 6)
- Fremdenpolizeigesetz 2005 (§ 9 Abs. 1 Z 1 und Abs. 6 sowie § 82)
- Führerscheingesetz (§§ 35 Abs. 1 und 36 Abs. 1)
- Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 (§ 16 Abs. 6)
- Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (§§ 36 Abs. 3, 40 Abs. 4 und 91 Abs. 4)
- Gewerbeordnung 1994 (§§ 359a und 365v Abs. 3)
- Glücksspielgesetz (§ 50 Abs. 1 iVm § 56a)
- Grundversorgungsgesetz-Bund 2005 (§ 9 Abs. 2)
- Güterbeförderungsgesetz 1995 (§ 20 Abs. 7)
- Hebammengesetz (§§ 12 Abs. 7, 22 Abs. 5 und 42b Abs. 2)
- Immissionsschutzgesetz-Luft (§ 17 Abs. 4)
- Krafftfahrgesetz 1967 (§ 123 Abs. 1 und 1a)
- Krafftfahrliniengesetz (§ 21)
- Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz (§ 42d)
- Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (§§ 28 Abs. 6 und 39 Abs. 5)
- Luftfahrtgesetz (§ 140 Abs. 2)
- Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen (§ 14 Abs. 2)
- Medizinisches Masseur- und Heilmasseurgesetz (§§ 15 Abs. 4, 16 Abs. 3, 46 Abs. 3, 47 Abs. 4, 48 Abs. 3, 67 Abs. 4)
- Militärbefugnisgesetz (§ 54)
- MTD-Gesetz (§§ 7a Abs. 5 und 12 Abs. 4)
- Notariatsordnung (§ 36c Abs. 3)
- PolizeiKooperationsgesetz (§ 17 Abs. 1 und 2)

## Präsidium

- Produktsicherheitsgesetz 2004 (§ 18)
- Rechtsanwaltsordnung (§ 8c Abs. 3)
- Sanitätergesetz (§§ 25 Abs. 4 und 50 Abs. 4)
- Schifffahrtsgesetz (§§ 37 Abs. 2 und 71 Abs. 2)
- Sicherheitspolizeigesetz (§§ 88 und 89)
- Sprengmittelgesetz 2010 (§ 38 Abs. 2)
- Strahlenschutzgesetz (§ 41 Abs. 4)
- Studienförderungsgesetz (§ 52b Abs. 5)
- Tierschutzgesetz (§ 33 Abs. 2)
- Tierseuchengesetz (§ 76)
- Tuberkulosegesetz (§§ 45 Abs. 3 und 47 Abs. 2)
- Umweltinformationsgesetz (§ 8)
- Versicherungsaufsichtsgesetz (§ 98f Abs. 3)
- Wasserrechtsgesetz 1959 (§ 101a)
- Zahnärztegesetz (§§ 13 Abs. 2, 43 Abs. 1a, 45 Abs. 3, 46 Abs. 6 und 55 Abs. 4)

### b) Landesgesetze (UVS Vorarlberg)

Nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat erkennt der UVS „..... über Berufungen gegen Bescheide, die von der Bezirkshauptmannschaft auf der Grundlage landesgesetzlicher Vorschriften in erster Instanz erlassen worden sind, soweit nicht durch Gesetz ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.“

Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat erkennt der UVS „..... weiters über Berufungen gegen Bescheide, die auf der Grundlage des Abfallwirtschaftsgesetzes des Bundes erlassen wurden, soweit in diesen über landesrechtliche Bestimmungen betreffend Bewilligungen, Genehmigungen oder Untersagungen von Vorhaben abgesprochen wurde.“

Aus der oben wiedergegebenen allgemeinen Regelung des § 2 Abs. 2 des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat sowie aus speziellen (im Folgenden paragrafenweise bezeichneten) Bestimmungen in verschiedenen Landesgesetzen ergeben sich derzeit Zuständigkeiten des UVS in folgenden Landesgesetzen:

- Auskunftsgesetz
- Baugesetz
- Bergführergesetz (§ 48 Abs. 4)
- Bestattungsgesetz
- Bezügegesetz 1998 (§ 28)
- Bienenzuchtgesetz
- Bodenseefischereigesetz
- Campingplatzgesetz
- Dokumenten-Weiterverwendungsgesetz (§ 12)
- Elektrizitätswirtschaftsgesetz (II. Hauptstück)
- EVTZ-Gesetz (§§ 2 Abs. 3 und 4 Abs. 2)
- Feuerpolizeiordnung
- Fischereigesetz (u. a. §§ 7 Abs. 3 und 23 Abs. 4)
- Fleischuntersuchungsgebührengesetz
- Gasgesetz
- Gemeindeangestelltengesetz 2005 (§ 82 Abs. 5)

- Gemeindebedienstetengesetz 1988 (II. Hauptstück 9. Abschnitt)
- Gemeindegutgesetz (§ 17)
- Gesetz über Betreiberpflichten zum Schutz der Umwelt
- Gesetz über landwirtschaftliche Materialeilbahnen
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung (u. a. § 30 Abs. 6)
- Grundverkehrsgesetz (§ 11 Abs. 2 und 5)
- Jagdgesetz (u. a. § 19 Abs. 1 lit d)
- Kanalisationsgesetz
- Katastrophenhilfegesetz
- Kindergartengesetz (u. a. § 7 Abs. 6)
- Klärschlammgesetz
- Landesbedienstetengesetz 1988 (II. Hauptstück 9. Abschnitt sowie § 122 Abs. 6)
- Landesbedienstetengesetz 2000 (III. Hauptstück 2. Abschnitt)
- Landesforstgesetz (mit Ausnahme des 1., 2., 4. und 5. Abschnittes)
- Landes-Geodateninfrastrukturgesetz (§ 14)
- Landes-Jugendwohlfahrtsgesetz
- Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz (§ 5 Abs. 7)
- Landes-Luftreinhaltegesetz
- Landes-Pflegegeldgesetz
- Landes-Umweltinformationsgesetz (§ 8)
- Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz (§ 11 Abs. 5)
- Lichtspielgesetz
- Mindestsicherungsgesetz (§ 16 Abs. 8 iVm §§ 7 und 10)
- Pflanzenschutzgesetz (u. a. § 11 Abs. 5)
- Pflegeheimgesetz
- Raumplanungsgesetz (§§ 52 und 56)
- Rettungsgesetz
- Schischulgesetz (§ 38 Abs. 5)
- Schulerhaltungsgesetz
- Sozialbetreuungsberufegesetz
- Spielapparategesetz
- Spitalgesetz
- Sportgesetz
- Straßengesetz
- Tiergesundheitsfondsgesetz
- Tierzuchtgesetz (§ 24 Abs. 2)
- Veranstaltungsgesetz
- Vergabenachprüfungsgesetz (§ 1)
- Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz (u. a. § 15 Abs. 7)
- Wasserversorgungsgesetz

Im Berichtsjahr sind insgesamt 1.452 Rechtsachen angefallen. Es handelte sich dabei um 1.176 Berufungen in Strafsachen, zwölf Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt (Maßnahmenbeschwerden), acht Schubhaftbeschwerden und zwei Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz, drei Anträge nach dem Vergabenachprüfungsgesetz, drei Devolutionsanträge sowie 248 Berufungen gegen Bescheide in Admi-

## Präsidium

nistrativsachen. Bei den zuletzt genannten Berufungen ging es in insgesamt 60 Fällen um die Vollziehung von insgesamt acht verschiedenen Landesgesetzen sowie in insgesamt 188 Fällen um die Vollziehung von insgesamt acht verschiedenen Bundesgesetzen. Zur Zählweise des UVS Vorarlberg in den Strafsachen ist zu bemerken, dass die Berufungswerber in etwa der Hälfte der Fälle im gleichen Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft wegen mehrerer Übertretungen bestraft worden waren und im selben Schriftsatz gegen alle oder mehrere dieser Bestrafungen berufen haben; soweit es sich dabei um Übertretungen desselben Gesetzes gehandelt hat, wurden solche Berufungen nur als eine Rechtssache gezählt, es sei denn, dass einerseits eine Kammer und andererseits ein Einzelmitglied des Verwaltungssenates für die Erledigung der Berufung zuständig war. Nach der Zählweise des UVS Vorarlberg in den Administrativsachen liegt auch dann nur ein Fall vor, wenn gegen denselben Bescheid mehrere Parteien (z. B. Nachbarn) unterschiedliche Berufungen erhoben haben. Nur wenn sowohl der erstinstanzliche Antragsteller als auch andere Parteien berufen haben, werden Berufungen als zwei Rechtssachen gezählt. Gegenschritten an die Höchstgerichte sowie Ersatzbescheide im Falle einer Behebung durch ein Höchstgericht werden in den Statistiken ebenso wenig als neu angefallene bzw. erledigte Rechtssachen ausgewiesen wie z. B. Anträge auf Verfahrenshilfe oder andere gesonderte verfahrensrechtliche Entscheidungen innerhalb eines Rechtsmittelverfahrens.

Die Strafverfahren betreffen 56 verschiedene Bundes- und Landesgesetze. Zahlenmäßige Schwerpunkte bilden die Übertretungen nach folgenden Gesetzen: Straßenverkehrsordnung, Kraftfahrzeuggesetz, Glücksspielgesetz, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz, Bundesstraßen-Mautgesetz, Fremdenpolizeigesetz, Gewerbeordnung, Führerscheingesetz, Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, Baugesetz, Gefahrgutbeförderungsgesetz, Spielapparategesetz, Güterbeförderungsgesetz, Parkabgabegesetz sowie Sicherheitspolizeigesetz. Die Maßnahmenbeschwerden betreffen Festnahmen (vier), davon je einmal in Verbindung mit Abschiebung und mit Abnahme eines Geldbetrages, Freiheitsbeschränkungen (drei), davon zweimal in Verbindung mit diskriminierender Behandlung und einmal in Verbindung mit Abnahme eines Geldbetrages, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme (eine), Wegweisung und Betretungsverbot (eine), vorläufige Führerscheinabnahme (eine), Beschädigung der Fensterscheibe eines Pkw (eine) sowie Verstoß gegen Entscheidungspflicht (eine). Die zahlenmäßigen Schwerpunkte bei den Administrativverfahren bilden die Berufungen nach folgenden Gesetzen: Führerscheingesetz, Grundverkehrsgesetz, Fremdenpolizeigesetz, Gewerbeordnung, Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung, Baugesetz sowie Jagdgesetz. Von den im Berichtsjahr angefallenen Berufungen in Strafsachen fallen ca. sechs Prozent und von den im gleichen Zeitraum angefallenen Berufungen in Administrativsachen ca. 16 Prozent in die Zuständigkeit der Kammern, die aus drei Mitgliedern bestehen. Für die Erledigung der Maßnahmenbeschwerden, der Schubhaftbeschwerden und der Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz ist immer ein Einzelmitglied zuständig. Bei einer Berücksichtigung aller neu angefallenen Rechtssachen ist in ca. sieben Prozent eine Kammer- statt einer Einzelmitgliedzuständigkeit gegeben.

Die Gesamtzahl der Erledigungen von Rechtssachen im Berichtsjahr beträgt 1.380. Es wurden 1.082 Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, elf Maßnahmenbeschwerden, acht Schubhaftbeschwerden, drei Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz, drei Anträge nach dem Vergabenachprüfungsgesetz, vier Devolutionsanträge sowie 269 Berufungen gegen Bescheide in Administrativsachen erledigt. Bei den zuletzt genannten Berufungen ging es in insgesamt 56 Fällen um die Vollziehung von insgesamt acht verschiedenen Landesgesetzen sowie in insgesamt 213 Fällen um die Vollziehung von insgesamt neun verschiedenen Bundesgesetzen.

Gegen die Entscheidungen des Unabhängigen Verwaltungssenates wurden im Berichtsjahr 20 Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof und 61 Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof erhoben. In der Zahl der Verwaltungsgerichtshofbeschwerden sind auch jene berücksichtigt, die nach erfolgloser Beschwerdeerhebung beim Verfassungsgerichtshof auf Grund eines Abtretungsantrages an den Verwaltungsgerichtshof gelangten. Der Verfassungsgerichtshof entschied im Berichtsjahr über 23 Beschwerden gegen Bescheide des Unabhängigen Verwaltungssenates. In 21 Fällen lehnte er die Behandlung der Beschwerde ab. In je einem Fall wies er die Beschwerde zurück und hob er den Bescheid des Verwaltungssenates auf. Der Verwaltungsgerichtshof entschied im Berichtsjahr über 64 Beschwerden gegen Bescheide des Unabhängigen Verwaltungssenates. In 28 Fällen lehnte er die Behandlung der Beschwerde ab und in

21 Fällen wies er die Beschwerde als unbegründet ab. Eine Beschwerde wies er zurück. Bei vier Beschwerden stellte er das Verfahren ein. In zehn Fällen hob der Verwaltungsgerichtshof den Bescheid des Verwaltungssenates auf.

Im Jahr 2010 beim UVS anhängig gewordene Rechtssachen:

I. Berufungen in Verwaltungsstrafsachen:

Straßenverkehrsordnung 1960 .....	260
Kraftfahrgesetz 1967 .....	229
Glücksspielgesetz .....	72
ASVG .....	69
Ausländerbeschäftigungsgesetz .....	52
Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 .....	52
Fremdenpolizeigesetz 2005 .....	52
Gewerbeordnung 1994 .....	52
Führerscheingesetz .....	45
Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz .....	31
Baugesetz .....	27
Gefahrgutbeförderungsgesetz .....	22
Spielapparategesetz .....	22
Güterbeförderungsgesetz 1995 .....	20
Parkabgabegesetz .....	19
Sicherheitspolizeigesetz .....	16
Lärmstörungsgesetz .....	15
Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung .....	14
Sonstiges (Ratenzahlungen, Ordnungsstrafen) .....	13
Jagdgesetz .....	10
Tabakgesetz .....	8
Sittenpolizeigesetz .....	7
Abfallwirtschaftsgesetz 2002 .....	6
Luftfahrtgesetz .....	5
Jugendgesetz .....	4
Wasserrechtsgesetz 1959 .....	4
Ärztegesetz 1998 .....	3
Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen .....	3
Bundesluftreinhaltegesetz .....	3
Gemeindevergnügungssteuergesetz .....	3
Immissionsschutzgesetz-Luft .....	3
Meldegesezt .....	3
Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz .....	3
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz .....	2
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz .....	2
Sportgesetz .....	2
Tierschutzgesetz .....	2
Tiertransportgesetz-Straße .....	2
Zahnärztegesetz .....	2
Arzneiwareneinfuhrgesetz .....	1

## Präsidium

Bodensee-Schiffahrts-Ordnung.....	1
Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996.....	1
Gemeindegesezt.....	1
Kommunalsteuergesetz.....	1
Kriegsopferabgabegesetz.....	1
Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz.....	1
Öffnungszeitengesetz.....	1
Preisauszeichnungsgesetz.....	1
Pyrotechnikgesetz.....	1
Raumplanungsgesetz.....	1
Tiermaterialiengesetz.....	1
Tierseuchengesetz.....	1
Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz.....	1
Universitätsgesetz.....	1
Vermarktungsnormengesetz.....	1
Zivildienstgesetz.....	1
	<hr/>
	1.176

### II. Beschwerden, Prüfungsanträge:

Maßnahmenbeschwerden.....	12
Schubhaftbeschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz 2005.....	8
Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz.....	2
Nachprüfungsanträge nach dem Vergabenachprüfungsgesetz.....	2
Anträge auf einstw. Verfügung nach dem Vergabenachprüfungsgesetz.....	1

### III. Berufungen in Administrativsachen – Landesgesetze:

Berufungen nach dem Grundverkehrsgesetz.....	24
Berufungen nach dem Gesetz ü Naturschutz und Landschaftsentwicklung.....	17
Berufungen nach dem Baugesetz.....	7
Berufungen nach dem Jagdgesetz.....	7
Berufungen nach dem Sportgesetz.....	2
Berufungen nach dem Landesforstgesetz.....	1
Berufungen nach dem Pflegeheimgesetz.....	1
Berufungen nach dem Raumplanungsgesetz.....	1

### IV. Berufungen in Administrativsachen – Bundesgesetze:

Berufungen nach dem Führerscheingesezt.....	142
Berufungen nach dem Fremdenpolizeigesetz 2005.....	23
Berufungen nach der Gewerbeordnung 1994.....	17
Berufungen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002.....	2
Berufungen nach dem Güterbeförderungsgesetz 1995.....	1
Berufungen nach dem Kraftfahrgezt 1967.....	1
Berufungen nach dem Luftfahrtgesetz.....	1
Berufungen nach dem Tierseuchengesetz.....	1

V. Devolutionsanträge: .....	3
<hr/>	
Gesamt.....	1.452
<hr/>	

Im Jahre 2010 vom UVS erledigte Rechtssachen nach Inhalt der Entscheidung:

I. Berufungen in Verwaltungsstrafsachen:	
Zurückweisung .....	87
Abweisung .....	476
Stattgebung zur Gänze (Aufhebung) .....	218
Teilweise Stattgebung (z. B. Aufhebung eines von mehreren Punkten, nur Herabsetzung der Strafe bei voller Berufung).....	193
Herabsetzung der Strafe (in jenen Fällen, in denen nur gegen die Strafhöhe berufen wurde).....	26
Einstellung wegen Verjährung .....	6
Sonstiges (Zurückziehung, Weiterleitung, Berufungsvorentscheidung etc.) .....	70
Unzuständigkeit .....	6
	<hr/>
	1.082
	<hr/>
II. Beschwerden, Prüfungsanträge:	
Maßnahmenbeschwerden:	
Zurückweisung .....	2
Abweisung .....	3
Stattgebung.....	6
	<hr/>
	11
	<hr/>
Schubhaftbeschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz 2005:	
Zurückweisung .....	1
Abweisung .....	6
Stattgebung.....	1
	<hr/>
	8
	<hr/>
Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz:	
Zurückweisung .....	1
Stattgebung.....	2
	<hr/>
	3
	<hr/>
Nachprüfungsanträge nach dem Vergabenachprüfungsgesetz:	
Zurückweisung .....	1
Stattgebung.....	1
	<hr/>
	2
	<hr/>
Anträge auf einstw. Verfügung nach dem Vergabenachprüfungsgesetz:	
Stattgebung.....	1
	<hr/>
	1
	<hr/>

## Präsidium

### III. Berufungen in Administrativsachen – Landesgesetze:

#### Berufungen nach dem Grundverkehrsgesetz:

Abweisung .....	6
Stattdgebung.....	11
Teilweise Stattdgebung.....	3
Rückziehung .....	1
	<hr/>
	21

#### Berufungen nach dem Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung:

Zurückweisung .....	4
Abweisung .....	5
Stattdgebung.....	2
Teilweise Stattdgebung.....	3
	<hr/>
	14

#### Berufungen nach dem Baugesetz:

Zurückweisung .....	1
Abweisung .....	6
Stattdgebung.....	1
Rückziehung .....	1
	<hr/>
	9

#### Berufungen nach dem Jagdgesetz:

Abweisung .....	1
Stattdgebung.....	2
Teilweise Stattdgebung.....	2
Rückziehung .....	1
	<hr/>
	6

#### Berufungen nach dem Sportgesetz:

Abweisung .....	2
Stattdgebung.....	1
	<hr/>
	3

#### Berufungen nach dem Raumplanungsgesetz:

Abweisung .....	1
	<hr/>
	1

#### Berufungen nach dem Schischulgesetz:

Abweisung .....	1
	<hr/>
	1

#### Berufungen nach dem Spitalgesetz:

Teilweise Stattdgebung.....	1
	<hr/>
	1

## IV. Berufungen in Administrativsachen – Bundesgesetze:

## Berufungen nach dem Führerscheinggesetz:

Zurückweisung .....	6
Abweisung .....	82
Stattgebung.....	22
Teilweise Stattgebung.....	23
Rückziehung .....	12
Unzuständigkeit .....	3
	<u>148</u>

## Berufungen nach dem Fremdenpolizeigesetz 2005:

Zurückweisung .....	7
Abweisung .....	16
Stattgebung.....	5
Teilweise Stattgebung.....	4
Unzuständigkeit .....	2
	<u>34</u>

## Berufungen nach der Gewerbeordnung 1994:

Zurückweisung .....	1
Abweisung .....	14
Stattgebung.....	3
Teilweise Stattgebung.....	2
Rückziehung .....	3
	<u>23</u>

## Berufungen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002:

Zurückweisung .....	1
Abweisung .....	1
	<u>2</u>

## Berufungen nach dem Tierseuchengesetz:

Zurückweisung .....	1
Rückziehung .....	1
	<u>2</u>

## Berufungen nach dem Güterbeförderungsgesetz 1995:

Abweisung .....	1
	<u>1</u>

## Berufungen nach dem Kraftfahrgesetz 1967:

Abweisung .....	1
	<u>1</u>

## Berufungen nach dem LMSVG:

Rückziehung .....	1
	<u>1</u>

## Berufungen nach dem Luftfahrtgesetz:

Abweisung .....	1
	<u>1</u>

## Präsidium

V. Devolutionsanträge:	
Zurückweisung .....	2
Abweisung .....	1
Rückziehung .....	1
	4
<hr/>	
Gesamt.....	1.380

### 15. Rechnungshofberichte:

Die Landesregierung hat im Jahr 2010 zu nachstehenden Ergebnissen der Überprüfung durch den Rechnungshof je eine Stellungnahme abgegeben:

- Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Vorarlberg
- Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen (Managerverträge)
- Kosten der Kontrolle – Operationelles Programm Beschäftigung Österreich 2007-2013
- Finanzierungs- und Kostenstruktur von ausgewählten Leistungen in den Spitalsambulanzen und Ordinationen niedergelassener Ärzte
- Querschnittsprüfung Standesamtsverbände und Staatsbürgerschaftsverbände in Österreich
- Nachhaltige Entwicklung in Österreich

### 16. Berichte des Landes-Rechnungshofes Vorarlberg:

Die Landesregierung hat im Jahr 2010 zu nachstehenden Prüfberichten des Landes-Rechnungshofes je eine Stellungnahme abgegeben:

- Vorarlberger Spitalswesen
- Direktvergaben der Abteilung Hochbau und Gebäudewirtschaft (VIIc)
- Einhebung von Landesabgaben
- Operationelle Programme „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg 2007-2013“ und „INTERREG IV – Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ im Amt der Landesregierung
- Aufsicht des Landes über Stiftungen und Fonds
- Energieinstitut Vorarlberg
- Öffentliches Bibliothekswesen

Die Landesregierung hat im Jahr 2010 zu nachstehenden Prüfberichten dem Landtag einen Bericht gemäß § 5 Abs. 4 des Gesetzes über den Landes-Rechnungshof LGBl.Nr. 10/1999, in der Fassung LGBl.Nr. 24/2000, übermittelt:

- Schloss Hofen – Wissenschafts- und Weiterbildungs-Gesellschaft m.b.H
- Naturschutzfonds
- Gehaltsreform des Landes Vorarlberg
- Haus der jungen Arbeiter
- Entwicklung und Betrieb des IT-Systems ISSO 2
- Vollzug der Jugendwohlfahrt
- INTEGRA gem. GmbH

**17. Außerordentliche Rechtsmittel, Amtshaftung:**

Der Verfassungsgerichtshof hat von den eingebrachten Beschwerden:

die Behandlung abgelehnt.....	3
die Behandlung abgelehnt und die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof abgetreten .....	9
zurückgewiesen .....	–
abgewiesen .....	–
stattgegeben .....	1

Der Verwaltungsgerichtshof hat von den eingebrachten Beschwerden:

zurückgewiesen .....	2
abgewiesen .....	22
stattgegeben .....	6

Im Berichtsjahr wurden drei Amtshaftungsklagen gegen das Land Vorarlberg eingebracht. In allen drei Rechts-sachen steht eine Entscheidung noch aus.

In vier Rechtssachen aus dem Jahr 2009 wurden die Verfahren abgeschlossen. In einer Rechtssache wurde die Amtshaftungsklage abgewiesen, in einer Rechtssache die Klage zurückgezogen, einer Amtshaftungsklage wurde teil-weise stattgegeben und in einer Rechtssache wurde ein Vergleich abgeschlossen.

**18. Landesbedienstete:****18.1 Personalstatistik Verwaltung und Krankenanstalten:**

Beschäftigte:

Zum 31.12.2010 waren in der Verwaltung und in den Krankenanstalten insgesamt 5.336 Landesbedienstete be-schäftigt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Bediensteten in diesen Bereichen insgesamt um 27 Personen erhöht.

Die Landeslehrerinnen und Landeslehrer sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt. Informationen über den Per-sonalstand der Lehrerinnen und Lehrer sind im Kapitel „Schule und Kultur“ enthalten.

Jahr	Gesamt		Verwaltung		Krankenanstalten	
	Personen	Prozent	Personen	Prozent	Personen	Prozent
31.12.2006	5.191	(100,0)	1.759	(33,9)	3.432	(66,1)
davon Frauen	3.109	(59,9)	736	(41,8)	2.373	(69,1)
davon Männer	2.082	(40,1)	1.023	(58,2)	1.059	(30,9)
davon Teilzeit	1.624	(31,3)	467	(26,5)	1.157	(33,7)
31.12.2007	5.167	(100,0)	1.745	(33,8)	3.422	(66,2)
davon Frauen	3.094	(59,9)	739	(42,3)	2.355	(68,8)
davon Männer	2.073	(40,1)	1.006	(57,7)	1.067	(31,2)
davon Teilzeit	1.667	(32,2)	465	(26,6)	1.202	(35,1)

## Präsidium

31.12.2008	5.201	(100,0)	1.761	(33,9)	3.440	(66,1)
davon Frauen	3.129	(60,2)	758	(43,0)	2.371	(68,9)
davon Männer	2.072	(39,8)	1.003	(57,0)	1.069	(31,1)
davon Teilzeit	1.702	(32,7)	451	(25,6)	1.251	(36,4)
31.12.2009	5.309	(100,0)	1.786	(33,6)	3.523	(66,4)
davon Frauen	3.246	(61,1)	792	(44,3)	2.454	(69,7)
davon Männer	2.063	(38,9)	994	(55,7)	1.069	(30,3)
davon Teilzeit	1.771	(33,4)	447	(25,0)	1.324	(37,6)
31.12.2010	5.336	(100,0)	1.773	(33,2)	3.563	(66,8)
davon Frauen	3.288	(61,6)	793	(44,7)	2.495	(70,0)
davon Männer	2.048	(38,4)	980	(55,3)	1.068	(30,0)
davon Teilzeit	1.828	(34,3)	450	(25,4)	1.378	(38,7)

In diesen Zahlen sind jene Bedienstete enthalten, die in Karenz (2010: 282), im Sonderurlaub (2010: sechs) und freigestellt (2010: elf) waren, darüber hinaus auch jene Landesbediensteten, die auf der Grundlage einer Ermächtigung des Landtags am Ende des Berichtsjahres ohne Anrechnung auf den Beschäftigungsrahmenplan in einem Dienstverhältnis zum Land waren. Es sind dies:

- 20 Ersatzkräfte zu Einschulungszwecken,
- zwei Absolventinnen der Universität für Bodenkultur, Studiengang Forstwissenschaften, die für die Zulassung zur Staatsprüfung für den leitenden Forstdienst eine praktische Tätigkeit nachzuweisen haben,
- 59 Personen auf Sozialstellen. Auf Sozialstellen sind überwiegend Bedienstete mit Behinderungen beschäftigt. In der Verwaltung sind 56 und in den Krankenanstalten drei Personen auf Sozialstellen beschäftigt.

### Verwaltung:

Im Vergleich zum Vorjahr waren in der Verwaltung Ende des Jahres 13 Bedienstete weniger beschäftigt. Die Zahl der Bediensteten innerhalb des Beschäftigungsrahmenplanes hat sich gegenüber dem Vorjahr um 16 Personen verringert und die Zahl der Bediensteten außerhalb des Beschäftigungsrahmenplanes um drei Personen erhöht.

	Bedienstete innerhalb des Beschäftigungsrahmenplanes					Bedienstete außerhalb des Beschäftigungsrahmenplanes		
	Gesamtstand	Führungsfunktionen	Expertenfunktionen	Sachbearbeitung	ausführende Funktionen	Aktionskräfte	Sozialstellen	Beurlaubte Bedienstete
31.12.2006	1.759	169	239	584	636	23	49	59
davon Frauen	736	10	59	194	386	17	20	50
davon Männer	1.023	159	180	390	250	6	29	9
davon Teilzeit	467	5	67	113	237	3	27	15
31.12.2007	1.745	168	244	579	615	26	50	63
davon Frauen	739	12	63	197	378	17	20	52
davon Männer	1.006	156	181	382	237	9	30	11
davon Teilzeit	465	7	61	115	232	2	29	19

31.12.2008	1.761	169	253	601	612	18	50	58
davon Frauen	758	14	71	217	376	13	20	47
davon Männer	1.003	155	182	384	236	5	30	11
davon Teilzeit	451	8	63	115	219	–	31	15
31.12.2009	1.786	173	259	612	598	26	52	66
davon Frauen	792	16	75	234	370	23	19	55
davon Männer	994	157	184	378	228	3	33	11
davon Teilzeit	447	8	62	112	215	–	32	18
31.12.2010	1.773	170	258	604	594	22	56	69
davon Frauen	793	14	78	237	367	19	20	58
davon Männer	980	156	180	367	227	3	36	11
davon Teilzeit	450	9	62	111	219	–	35	14

## Krankenanstalten:

Die Zahl der Bediensteten in den Krankenanstalten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 40 Personen erhöht.

Jahr	Gesamt	A	B	C	D	E	AngihV	Sozial- stellen
		(a)	(b)	(c)	(d)	(e)		
31.12.2006	3.432	472	228	1.693	658	–	377	4
davon Frauen	2.373	154	172	1.280	450	–	315	2
davon Männer	1.059	318	56	413	208	–	62	2
davon Teilzeit	1.157	68	87	606	273	–	122	1
31.12.2007	3.422	486	232	1.694	646	–	360	4
davon Frauen	2.355	159	175	1.279	437	–	303	2
davon Männer	1.067	327	57	415	209	–	57	2
davon Teilzeit	1.202	76	97	635	271	–	122	1
31.12.2008	3.440	498	234	1.704	650	1	350	3
davon Frauen	2.371	168	180	1.292	441	–	289	1
davon Männer	1.069	330	54	412	209	1	61	2
davon Teilzeit	1.251	73	102	676	277	–	122	1
31.12.2009	3.523	513	236	1.755	655	2	359	3
davon Frauen	2.454	184	179	1.339	455	–	296	1
davon Männer	1.069	329	57	416	200	2	63	2
davon Teilzeit	1.324	83	96	728	280	1	135	1
31.12.2010	3.563	534	244	1.774	653	1	354	3
davon Frauen	2.495	195	185	1.365	459	–	290	1
davon Männer	1.068	339	59	409	194	1	64	2
davon Teilzeit	1.378	93	101	769	271	–	143	1

In den Krankenanstalten des Landes waren zum Jahresende elf kaufmännische und neun gewerbliche Lehrlinge beschäftigt.

## Präsidium

### Beschäftigungsumfang:

Der Beschäftigungsumfang umfasste zum 31.12.2010 in der Verwaltung und in den Krankenanstalten insgesamt 4.366,2 Vollzeitäquivalente (VZÄ). Ein Vollzeitäquivalent entspricht der Vollbeschäftigung eines bzw. einer Landesbediensteten. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Beschäftigungsumfang insgesamt um 6,7 Vollzeitäquivalente verringert.

Bei den Krankenanstalten erhöhte sich der Beschäftigungsumfang um 14,9 Vollzeitäquivalente, in der Verwaltung verringerte sich der Beschäftigungsumfang um 21,6 Vollzeitäquivalente.

Bei den Krankenanstalten ist eine Darstellung der Vollzeitäquivalente unterteilt nach Frauen und Männern nicht möglich.

Jahr	Gesamt Vollzeitäquivalente	Verwaltung Vollzeitäquivalente	Krankenanstalten Vollzeitäquivalente
31.12.2006	4.310,4	1.512,4	2.798,0
davon Frauen		532,3	
davon Männer		980,1	
31.12.2007	4.280,4	1.496,6	2.783,8
davon Frauen		535,0	
davon Männer		961,6	
31.12.2008	4.310,3	1.521,2	2.789,1
davon Frauen		557,4	
davon Männer		963,8	
31.12.2009	4.372,9	1.541,0	2.831,9
davon Frauen		585,5	
davon Männer		955,5	
31.12.2010	4.366,2	1.519,4	2.846,8
davon Frauen		581,1	
davon Männer		938,3	

In diesen Zahlen sind jene Bediensteten nicht enthalten, die in Mutterschaftsurlaub, im Sonderurlaub und freigestellt waren.

### 18.2 Personalarbeit in der Verwaltung:

Dienstjubiläen: Anlässlich des 25-, 30- bzw. 40-jährigen Dienstjubiläums wurden 91 Landesbediensteten Belohnungen im Gesamtausmaß von Euro 758.493,— gewährt.

Heiratsbeihilfen: 14 weibliche und neun männliche Bedienstete erhielten anlässlich ihrer erstmaligen Verehelichung Heiratsbeihilfen im Gesamtausmaß von Euro 20.815,—.

Abfertigungen und Todesfallbeiträge: An 43 Landesbedienstete bzw. deren Angehörige wurden Abfertigungen und Todesfallbeiträge im Gesamtausmaß von Euro 1.139.940,— bezahlt.

Gemeindebedienstete: Wie in den Vorjahren wurden die Gemeinden auch im Berichtsjahr laufend in dienstrechtlichen Angelegenheiten beraten.

Aus- und Fortbildung: An den Einführungsveranstaltungen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen insgesamt 83 Landesbedienstete teil. Im Jahr 2010 haben im Rahmen der Grundausbildung 41 Landesbedienstete am Verwaltungslehrgang Vorarlberg teilgenommen. Der Lehrgang wurde von 34 Landesbediensteten erfolgreich abgeschlossen. Die allgemeine Aus- und Weiterbildung der Landes- und Gemeindebediensteten wird von der Verwaltungsakademie in Kooperation mit der Abteilung Personal (PrsP) organisiert. Die im Rahmen des Bildungsprogramms 2010 angebotenen Seminare (98) wurden von insgesamt 861 Landesbediensteten besucht. Weiters haben Landesbedienstete Lehrgänge und/oder externe Bildungsmaßnahmen (z. B. Projektmanagement-Lehrgang, Universitätslehrgang Public Health, Lehrgang für Lehrlingsauszubildende, Projekt Brückenschlag, Physikatskurs, Ausbildung im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens in der Veterinärmedizin, Lehrgang Akademische Rechnungshofprüferin bzw. Akademischer Rechnungshofprüfer, Gewässermeisterkurs, Führungstrainings) besucht. Darüber hinaus wurden Bildungsveranstaltungen mit sozialen, fachlichen und methodischen Schwerpunkten (z. B. Teamentwicklungsseminare und -klausuren) für einzelne Gruppen oder Organisationseinheiten organisiert bzw. Kosten übernommen. Weiters fanden Einzel- und Teamsupervisionen sowie Einzelcoachings statt. Ein Schwerpunkt bildete 2010 das Führungskräfte-Entwicklungsprogramm mit den Qualifizierungsmaßnahmen. Daran haben 57 Führungskräfte teilgenommen.

Lehrlingsausbildung: Im Jahr 2010 wurden 24 Lehrlinge, davon 15 kaufmännische und neun gewerbliche, aufgenommen. Insgesamt stehen in der Verwaltung damit 33 kaufmännische und 23 gewerbliche Lehrlinge in einem Ausbildungsverhältnis. Im Rahmen ihrer Ausbildung werden sie verschiedenen Abteilungen und Dienststellen zur Ausbildung zugewiesen.

Verwaltungspraktikum: Im Jahr 2010 wurde acht weiblichen und acht männlichen Hochschulabsolvierenden die Möglichkeit geboten, im Rahmen eines Verwaltungspraktikums ihre Berufsvorbildung durch eine praktische Tätigkeit in der Landesverwaltung zu ergänzen.

### **18.3 Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern:**

2010 bildete die Wiedereingliederung von Karenzierten nach Ende des Karenzurlaubes, das Bemühen um flexible Arbeitszeiten für Bedienstete mit Familienpflichten, die Suche nach Kooperationspartnerschaften zur Kinderbetreuung an den Dienstorten Bludenz, Feldkirch und Dornbirn sowie die Umsetzung des Mentoring-Programms für Frauen in der Verwaltung die Schwerpunkte der Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit.

In der Verwaltung waren von 91 neu eingetretenen Bediensteten 59 Frauen und 32 Männer, bei den Krankenanstalten von 309 neu eingetretenen Bediensteten 221 Frauen und 88 Männer.

Der Anteil der Frauen bei den in der Verwaltung und in den Krankenanstalten beschäftigten Personen lag Ende des Berichtsjahres bei 61,6 Prozent. In der Verwaltung lag der Frauenanteil bei 44,7 Prozent, in den Krankenanstalten bei 70,0 Prozent.

Ende 2010 waren in der Verwaltung und in den Krankenanstalten zusammen 1.828 Bedienstete teilzeitbeschäftigt. Dies entspricht einer Teilzeitquote von 34,3 Prozent. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass auch Bedienstete mit Familienpflichten Beruf und Familie vereinbaren können.